Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 572. Mittag-Ausgabe. Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Mittwoch, den 6. December 1876.**

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

24. Sitzung des Reichstages (5. December).

11 Uhr. Die Tribünen sind überfüllt. Am Tische des Bundesrathes: Hofmann, v. Bülow, v. Kameke, Stephan, v. Pfretzschner, v. Mittnacht, von Nostitz-Wallwitz, Michaelis u. A. — später Fürst Bismarck.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung, die Interpellation des Abg. Richter (Hagen), betreffend die russischen Zölle, wird bis auf Weiteres vertagt.

Die Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung mehrerer Reichstags-Wahlkreise, wird auf den Wunsch des Bundesrathes von der Tagesordnung abgesetzt, nachdem der Präsident v. Forckenbeck auf den Wunsch des Abg. Frhrn. Nordeck zur Rabenau sich bereit erklärt hat, den Gegenstand auf die Tages-Ordnung einer der nächsten Sitzungen zu setzen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des § 44 des Gesetzes wegen Erhebung der Brausteuer vom 31. Mai 1872, dessen § 1 lautet: In den Herzogthümern Sachsen-Meiningen und Sachsen Coburg-Gotha, sowie in dem Fürstenthum Reuß älterer Linie darf von dem Centner Malzschrot derjenige Betrag, um welchen die dort zur Zeit gesetzlich bestehende Brausteuer von Malzschrot den Satz von 2 Mark für den Centner übersteigt, bis auf weiteres, jedoch nur insoweit, als die Steuersätze dieses Gesetzes keine Veränderung erleiden, für privative Rechnung der genannten Bundesstaaten forterhoben werden. — § 2. Das gegenwärtige Gesetz tritt am 1. Jan. 1877 in Kraft.

Abg. Rickert erklärt sich gegen das Gesetz; wenn der bisher bestehende Zuschlag aufgehoben wird, so werden die betreffenden Staaten keineswegs — wie man behauptet hat — dem finanziellen Ruin entgegengeführt werden, und es ist wohl mehr eine oratorische Ausschmückung, als eine auf Thatsachen beruhende Behauptung, daß sich die Einkommensteuer in jenen Landestheilen dadurch von 3,6 Mk. auf 4 Mk. erhöhen würde. Nach dem Etat der dreijährigen Finanzperiode 1875 — 1878 für Sachsen-Meiningen wird auf einen jährlichen Einnahmeüberschuß von 203,000 Mk. bei einem Gesammtetat von 2,300,000 Mk. gerechnet. Bei einer solchen Finanzlage sollte man doch die Reichsinstanz nicht darum angehen, eine solche extraordinäre Besteuerung noch weiter aufrecht zu erhalten. Je länger man ein solches Uebergangsstadium der Einheit der Reichsbesteuerung ausdehnt, desto schwieriger wird der Uebergang.

Abg. Oppenheim will diesen Zuschlag noch für ein Jahr weiter bestehen lassen; die Einheit der Steuererhebung für das Reich sei ja gesichert, und es handele sich nur um einen Zuschlag, der im Interesse der ökonomischen Verhältnisse eines Einzelstaates erhoben werde.

Bundesbevollmächtigter Staatsminister Giseke vertheidigt die Vorlage, indem er darauf hinweist, daß die finanzielle Lage der betreffenden Staaten allerdings eine derartige sei, um die Forterhebung des Zuschlages wünschenswerth erscheinen zu lassen. Damit schließt die erste Berathung.

Inzwischen ist Fürst Bismarck in das Haus eingetreten und das Haus geht nunmehr auf den Antrag des Abg. Lasker zum ersten Gegenstand der Tagesordnung zurück, der Interpellation des Abg. Richter (Hagen), welche lautet: „Durch einen vor wenigen Tagen erlassenen Ukas hat die russische Regierung angeordnet, daß von Neujahr ab die Eingangszölle in Goldmünze zu entrichten sind. Diese Maßregel, welche einer sehr beträchtlichen Erhöhung der Zölle gleichkommt, ist geeignet, den ohnehin durch die bisherige russische Zollpolitik überaus beschränkten Waarenaustausch mit Rußland noch mehr zu beeinträchtigen und dadurch die wirthschaftlichen Interessen auch des Deutschen Reiches schwer zu schädigen.

Ich richte daher an den Herrn Reichskanzler die Frage: Was gedenkt der Herr Reichskanzler zum Schutze der deutschen Industrie in dieser Angelegenheit zu thun?"

Abg. Richter (Hagen): Die russische Zollpolitik hat in diesem Saale schon wiederholt zu den lebhaftesten Klagen und Beschwerden Veranlassung gegeben, sowohl in Bezug auf die Höhe des Tarifs, wie auf das Zollverfahren und die willkürliche Behandlung und Auslegung der Zollgesetze Seitens der russischen Beamten. Aber nichts ist so schlimm, was nicht noch schlimmer werden kann. Die russische Regierung hat verordnet, daß von Neujahr ab die Zölle nur in Goldmünzen oder goldwerthigen Coupons entrichtet werden, was einer Erhöhung der Eingangszölle nach Rußland auf mehr als 30 pCt. gleichkommt. Diese Erhöhung trifft zunächst die russischen Consumenten, zugleich aber auch die deutschen Producenten; sie schädigt in Folge dessen den Einfuhr- und den Ausfuhrhandel, so daß auch zugleich der russische Producent und der deutsche Consument durch die Zollerhöhung leiden. Die Maßregel erscheint noch darum besonders hart, weil sie unvorhergesehen gekommen ist und rasch vollzogen wird.

Sie schädigt insbesondere da, wo Lieferungen auf lange Zeit im Voraus zu bestimmten Preisen abgeschlossen sind. So sind erhebliche Lieferungen in westfälischen Eisenwaaren, namentlich Schienen, auf lange Zeit im Vertrauen auf eine gewisse Stabilität der russischen Zollpolitik abgeschlossen worden. Auch finanzpolitisch ist die Maßnahme nicht recht erklärlich, da sie den Ertrag aus den Zöllen vermindern und den Schmuggel fördern wird. Ebenso wenig ist sie münzpolitisch verständlich. Durch solche Ukase läßt sich die Goldbewegung in Europa nicht reguliren. Je mehr man der Goldmünze eine privilegirte Stellung einräumt, um so höher muß das Agio der Goldmünzen steigen, um so schwerer wird es der russischen Regierung, das Gold in ihrem Lande oder gar in ihren Kassen zurück zu halten. Wir wünschen, daß diese Beschwerde nicht mit dem Einwande abgethan werde, es handle sich um einen Act der russischen Souveränität, der Reichskanzler sei in Rußland nicht souverän und eine solche Kritik einer Maßnahme, die nach bestem russischen Wissen im russischen Interesse getroffen sei, sei nur geeignet, das russische Souveränitätsbewußtsein zu reizen. Es handelt sich in diesem Falle um unsere gemeinsamen Handelsbeziehungen mit Rußland und die Thronrede versprach „von der heimischen Industrie Benachtheiligungen abzuwenden, welche ihr durch die Zoll- und Steuereinrichtungen anderer Staaten bereitet werden." Solche Worte in einer deutschen Thronrede können nicht blos Worte bleiben. Bei den vielfach angegriffenen Ausfuhrprämien, die ausländische Staaten ihren Producenten gewähren, wird dem deutschen Consumenten etwas zugezahlt, wenn er das ausländische Prouct bezieht, allerdings zum Nachtheil des concurrirenden Producenten. Im vorliegenden Fall fehlt selbst dieses Aequivalent. Was hat man nicht für Aufhebens von den französischen titres d'acquit à caution gemacht und es soll sogar ein Gesetzentwurf zur Abwehr vorbereitet sein, an dessen Ernsthaftigkeit zu glauben ich parlamentarisch noch nicht verpflichtet bin. (Heiterkeit.)

Aber wie verschwindend klein ist der durch die titres geschaffene Nachtheil — Herr Stumm muß mir das zu bemerken gestatten — gegenüber der großen Schädigung, welche die deutsche Industrie durch eine Maßregel wie die in Rede stehende erfährt. Wir sind mehr als andere Länder mit unserem Absatzgebiet, unseren Export-Interessen auf Rußland gewiesen, und eine Erschwerung dieser Exportverhältnisse schädigt nicht blos die nächst benachbarten Provinzen, sondern die deutsche Industrie bis weit nach Westen hin. Meine Herren, wir wollen darum keinen Krieg mit Rußland anschüren, nicht einmal einen Zollkrieg. Wenn die russische Regierung so unklug ist, ihre eigenen Consumenten zu schädigen und dadurch auch die deutschen Producenten trifft, so wollen wir nicht ebenso unklug sei und durch Erhöhung der eigenen Zölle die auf russische Einfuhr angewiesenen deutschen Consumenten schädigen, nur um dadurch mittelbar auch die russischen Producenten zu treffen und dadurch jene Maßregel wett zu machen. Eine solche Politik würde auf den Satz hinauslaufen: schlägst du deinen Consumenten, schlage ich meinen Consumenten. (Heiterkeit.) Wir sind so weit entfernt, die Regierung zu einer solchen Politik durch diese Interpellation aufzumuntern, daß wir im Gegentheil entschlossen sind, wenn unter dem Namen „Reciprocität" ein gewisser Dilettantismus sich mit allerhand Interessenten-Coalitionen verbinden sollte, um einer solchen Zollpolitik in Deutschland Eingang zu verschaffen, wir der Reaction auch in dieser Form den entschlossensten Widerstand entgegenzusetzen bereit sein werden. M. H., wir wollen mit allen Ländern auch auf handelspolitischem Gebiete in Freundschaft leben. Es ist das Interesse an dieser Freundschaft, an der Erhaltung dieser gemeinsamen Beziehungen, was uns heißt über solche Maßnahmen nicht schweigend fortzugehen. Wir meinen, daß die Verkettung materieller Interessen dauernder und sicherer die Völker miteinander verbinden, als es selbst Familienbande der Dynastien oder die wechselnden persönlichen Sympathien wechselnder Fürsten oder wechselnder Kanzler zu bewirken vermögen. Gäbe es in Rußland eine Volksvertretung, so würde die Harmonie russischer und deutscher Interessen auch in diesem Falle erkennbarer zur Geltung gelangen.

Wir verkennen die Schwierigkeit nicht, den Gesammt-Interessen des russischen Volkes, das keine Vertretung hat, Geltung zu verschaffen. Es kommt ja auch anderwärts vor, daß allerlei Specialinteressenten, mächtige Industriefürsten, kleine und große Commercienräthe, Kanonenlieferanten oder — was weiß ich — die Ohren der Mächtigen für ihre Specialinteressen zu gewinnen suchen, und daß es sehr schwer fällt, sich diesem Andrängen stets zu erwehren. Hier in Deutschland ist die Volksvertretung geeignet, ein Gegengewicht gegen solche Einflüsterung zu bieten, das anderwärts mangelt. Aber auch ein so absolutistischer Staat wie Rußland vermag auf die Dauer nicht, eine Handelspolitik zu befolgen, die der öffentlichen Meinung Europas gegenüber Widerspruch findet. Wenn eine solche Handelspolitik vor geläuterten Grundsätzen der Volkswirthschaft nicht zu bestehen vermag, dann bleibt als letzter Erklärungsgrund für solche Maßnahmen die Befürchtung der russischen Regierung übrig, daß das Agio der Goldmünzen in Rußland noch mehr steigen und der Papierrubel noch mehr fallen werde und daß man daher die Zollverträge auf ein festes Werthverhältniß, auf Gold, basiren müsse. Wenn aber in der That eine solche Perspective auf eine zunehmende Assignatenwirthschaft in Rußland gerechtfertigt ist, dann muß jeder ordentliche Mann in Europa beflissen sein, künftig russischen Staatspapieren alten oder neuen Datums gegenüber eine eben so strenge Neutralität zu beobachten, wie sie der Türkei gegenüber längst angezeigt ist. Die wirthschaftliche Krisis würde vielleicht ihren höchsten Punkt erreicht haben, und der Unternehmungsgeist wieder aufleben, wenn nicht die orientalische Frage die Geschäftswelt in eine Spannung versetzte, an der die russische Politik nicht den geringsten Antheil hat. In der Grafschaft Mark hat die Kleineisenindustrie, welche Tausende wackerer Meister beschäftigt, bisher noch sich leidlich zu halten vermocht und bei knappem Verdienst bestehen können. Seitdem aber inmitten dieses Jahres die orientalische Frage eine größere Bedeutung angenommen hat, bleiben die Aufträge aus Rußland, Oesterreich und der Türkei aus und die wirthschaftliche Bedrängniß wächst. Wenn nun zu der allgemeinen Schädigung der wirthschaftlichen Verhältnisse in Europa noch eine solche besondere durch eine derartige Maßregel gegen befreundete Nachbarstaaten kommt, so ist dergleichen nicht geeignet, die Geltendmachung der russischen Politik zu erleichtern.

Wenn in dieser Weise ein altbefreundeter Nachbarstaat behandelt wird, so ist das nicht geeignet für die Culturmission Rußlands in andern südlichen Nachbarstaaten Begeisterung zu erwecken. Wenn gegen eine solche Handelspolitik nichts zu machen ist, dann müssen die Befürchtungen um so mehr steigen gegen die Eventualität einer Ausdehnung von Grenzen, innerhalb deren eine solche Handelspolitik nicht möglich ist. M. H., in der dem Herrn Reichskanzler besonders befreundeten Presse wurde unlängst eine Aeußerung von ihm colportirt, wonach die orientalische Frage und die Art ihrer Lösung für Deutschland ebenso wenig Bedeutung habe, als sie auf den Werth, den Ertrag eines pommerschen Morgen Landes einzuwirken vermöge. Ich bin weit entfernt, an die Richtigkeit dieser Aeußerung zu glauben, ich bin im Gegentheil der Meinung, daß sie in den Sagenkreis fällt, mit dem der Herr Reichskanzler auf seinem Landaufenthalt gewöhnlich umgeben zu werden pflegt. (Heiterkeit.) Indessen ist unläugbar richtig, daß die nachtheilige Wirkung der neuesten zollpolitischen Maßnahme Rußlands auf die deutsche Industrie, auf den Ertragswerth jedes Gutes in den Nachbarprovinzen Rußlands ganz genau berechnet werden kann. Wenn es falsch ist, dermaßen Krämerpolitik zu treiben, sie für maßgebend für die auswärtige Politik zu machen, so würde es unzweifelhaft ebenso falsch sein, die Politik rein idealistisch zu führen. Wir wünschen, daß in den Erwägungen, welche für die Reichsregierung im gegenwärtigen Augenblick für auswärtige Angelegenheiten maßgebend sind, unter den Rücksichten der verschiedensten Art, die zu nehmen sind, auch die handelspolitischen Rücksichten nicht die letzte Stelle einnehmen. Wir wünschen, daß die Erklärung des Herrn Reichskanzlers darüber keinen Zweifel lasse, daß die Reichsregierung die in Rede stehende Maßregel nicht als eine solche ansieht, welche die friedliche Culturentwickelung Europas zu fördern geeignet ist. (Bravo!)

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Ich hatte zunächst meinen neben mir sitzenden Herren Collegen im Bundesrath gebeten, die Beantwortung der Interpellation in erster Linie zu übernehmen, weil ich nicht darauf vorbereitet war, daß der Herr Redner den Hauptschwerpunkt seiner Interpellation schließlich nicht auf das wirthschaftliche, sondern auf das politische Gebiet legen würde. So weit er sich auf das wirthschaftliche Gebiet eingelassen hat, bitte ich nachher um die Erlaubniß für den Herrn v. Philipsborn, meine Antwort zu ergänzen und sie auf diese Weise in zwei Theile zu zerlegen. Als ich die Interpellation zuerst zu Gesicht bekam und ihren Wortlaut las: „Was beabsichtigt der Reichskanzler in dieser Frage zu thun?", so kam mir der Gedanke, ob ich nicht eine in wirthschaftlichen Fragen sehr viel gewiegtere Autorität, wie dieses der Herr Vorredner ist, darüber um Rath fragen sollte, ob er vielleicht ein Mittel wüßte (Heiterkeit), um so mehr, da er mich früher und heute auch wieder indirect eines gewissen Dilettantismus auf dem Gebiete der wirthschaftlichen Politik beschuldigte. Ich bitte um die Erlaubniß, ihm das nachher auf dem Gebiete der eigentlichen Politik im vollsten Maße zurückgeben zu dürfen. (Heiterkeit.) Aber hier fühle ich wirklich meine Unzulänglichkeit ihm gegenüber, und hatte daher gehofft, daß seine Motivirung der Interpellation in der Verlegenheit, wie ein politischer Minister in dieser Situation sich verhalten müsse, einigen Anhalt oder Auskunft geben würde. Ich hatte einen Rath erwartet, wenigstens eine Andeutung von dem, was seiner Meinung nach die Regierung thun könne. Ich bin aber, nachdem ich ihn bis zu Ende gehört habe, zweifelhaft geworden, ob er seinerseits überhaupt glaubt, daß sich irgend etwas thun ließe, und nicht die Interpellation eben den Zweck hat, eine kritische Lage zu benutzen, um die Regierung in eine gewisse Verlegenheit bei der Beantwortung zu versetzen. (Widerspruch.) Ob das gerade in diesem Augenblick nützlich ist, lasse ich dahingestellt sein; aber es wird ihm nicht gelingen, mich in Verlegenheit zu bringen. Ich bin nicht verpflichtet, auf wirthschaftlichem Gebiete mehr zu können als Jemand, der in Kreisen, die mir ferner stehen, für eine so große Autorität gilt, wie der Vorredner.

Der Vorredner berührte zuerst die Mittel, die allein in solchen Verhältnissen wirksam kein können, wies aber die Anwendung derselben nachher weit von der Hand. Er befürwortete, man solle nicht, wie früher, darauf verweisen, daß die russische Regierung ihre Geschäfte selbst am besten zu verstehen glaubt. Er kam darauf zurück, daß alle diejenigen, die sich bedeutender Renten erfreuen, schließlich zu einer vollständigen Enthaltung und Ablehnung gegen russische Papiere kommen müßten, so daß auch die russische Regierung schließlich zu der Erkenntniß kommen müßte, seine Ansicht der wirthschaftlichen Politik für die geläuterte zu halten; nun, die russische Regierung hält doch wahrscheinlich die ihrige für die geläuterte, sonst würde sie dieselbe nicht seit Jahren verfolgen und jetzt noch verschärfen. Ich bin mit dem Vorredner der Ueberzeugung, daß die russische Regierung sich mit ihrer Zollpolitik auf einem Wege befindet, von dem sie früher oder später wird zurückkehren müssen. Ich muß bedauern, daß eine in dem Maße mit uns befreundete Regierung eine derartige Wirthschaftspolitik betreibt: ich wünschte, ich könnte sie überzeugen. So lange sich aber die russische Regierung nicht durch die Russen selbst wird überzeugen lassen, so lange wird ein fremder Minister, der immerhin als Interessent verdächtig ist, darüber eine geringere Autorität haben, als der unbetheiligte Russe und andere, die dieses Ziel seit langer Zeit ohne Erfolg erstreben. Wir können jetzt die russische Regierung ebenso wenig hindern, als wir damals die nordamerikanischen Freistaaten gehindert haben, und bei der Gelegenheit ist von keiner Seite der Regierung die Zumuthung gemacht worden, irgend etwas zu thun. Und demnach glaube ich, daß die außerordentliche Erhöhung der Einfuhrzölle in Nordamerika seiner Zeit unseren Handel vielmehr geschädigt hat, als die heutige russische Zollpolitik, weil dort vorher ein richtigeres System bestand, während die Schädigung im russischen Verkehr schon eine alte ist, die ebenso die russischen Interessenten trifft, wie die deutschen Handelsinteressen. Aber ich muß doch sagen, es kann hier sehr viel schlechter, als es ist, doch kaum werden, und es wird ein entschiedener Rückschlrg von selbst eintreten.

Der Vorredner berührte die einzelnen Mittel, die in solchen Verhältnissen anwendbar sind, einmal auf politischem, zweitens auf wirthschaftlichem Gebiete, und ich glaube, daß er beide Gebiete vollständig vermischt hat. Ich will auf dem wirthschaftlichen Gebiete nur constatiren, daß der Vorredner selbst die Hilfe, die darin liegen könnte, daß wir Gegenzölle, Retorsionszölle, eintreten ließen; daß wir z. B., wenn die russische Regierung unsere Haupteinfuhrartikel beschwert und hindert, die russischen Einfuhrartikel in Deutschland ebenfalls treffen — weit von sich wies. Was bei uns am stärksten betroffen wird, sind nach den Durchschnittsberechnungen der amtlichen Statistik für 1874 die Colonialwaaren, die im Betrage von 54 Millionen nach Rußland eingeführt sind. Wollten wir dieselben mit einem höheren Zoll belegen, so wird der russische Consument sie freilich entbehren müssen, dadurch aber würde unser Zwischenhandel in hohem Maße getroffen werden. Die nächsten Positionen sind Seiden- und Webewaaren mit 48 Millionen, Maschinentheile mit 40 Millionen, Kurzwaaren mit 25 Millionen. Woran wir uns russischerseits halten könnten, das sind Positionen von zusammen über 300 Millionen Mark; nämlich für Getreide 165, für Holz 110 und für Spinnstoffe 40 Millionen; für Vieh, wahrscheinlich wegen der Grenzsperre mit Bezug auf die Rinderpest, nur 31 Millionen Mark. Wenn wir uns auf Repressalien einlassen wollten, so hat der Vorredner die Regierung schon gänzlich entwaffnet, indem er alle Andeutungen, die sie Rußland gegenüber machen könnte, schon creditlos gemacht hat durch seine Aeußerung, derartige Maßregeln würden bei uns nicht durchzubringen sein. Er hat vielleicht Recht; aber durch solche Ausposaunungen wird eine Regierung, der man eine Leistung zumuthet, in ihren Retorsionsmitteln vollständig gelähmt. Ich weiß aber auch nicht, ob der Vorredner darin vollständig Recht hat, ob nicht unter Umständen ein Retorsionszoll die Billigung des Reichstages und des Bundesrathes finden könnte. Wenn das vom Hause aus so ganz unmöglich wäre, so bitte ich, lassen Sie uns doch auch mit solchen Zumuthungen zufrieden.

Ich wußte nicht, womit wir die russische Zollpolitik überreden sollten, und womit ich außer etwa durch die Andeutung eines Verbots, Eindruck machen könnte, wenn es so ganz nnmöglich ist, unter Umständen auf 165 Millionen für Getreide und 100 Millionen für Holz einen Gegenzoll zu legen, der etwa den Kostenunterschied aufwiegt, den der russische Handel tragen würde, wenn er seinen ganzen Absatz von dem gewöhnlichen Wege über Danzig und Schlesien auf Riga und Wilna übergehen lassen müßte. Unser Zwischenhandel würde dadurch freilich wesentliche Verluste erleiden, ich würde aber einen solchen Zustand nur als einen vorübergehenden, und einen solchen Zoll nur als einen Kampfzoll betrachten. Ich bin weit entfernt davon, Ihnen einen Vorschlag in dieser Richtung zu machen, namentlich wenn derjenige, von dem man derartige Vorschläge verlangt, von Hause aus dem Inlande als Dilettant bezeichnet wird, und dem Auslande als Einer, der sich mit Ideen beschäftigt, die er zu Hause nie durchsetzen könnte. Wozu sollte er sich dann weiter bemühen in Verhandlungen — was ich allerdings für das Wahrscheinliche halten muß — ich die Verantwortung lediglich dem Vorredner zuschiebe und ihm überlasse, sich deshalb mit den betheiligten Kreisen auseinanderzusetzen. Ich kann nur constatiren, daß er durch seine Interpellation und die Art seiner Motivirung die Aussicht auf einen günstigen Erfolg wesentlich geschädigt hat. (Beifall rechts.) Ich komme nun auf die zweite, die politische Seite; er sagte also, wirthschaftliche Repressalien seien nicht zu empfehlen. Nun dachte ich, jetzt wird's kommen, sein eigentliches Geheimniß, was er uns empfehlen wollte. (Heiterkeit.) Nachher kam aber gar nichts Anderes, als die gewöhnlichen allgemeinen Redensarten: die Russen müßten doch endlich ihren Fehler einsehen und von ihrem falschen Wege zurückkommen, und die Deutschen würden doch verständig genug sein, um keine russischen Papiere mehr zu kaufen, und was dergleichen Repressalien mehr sind, bei denen die Regierung selbst ja nicht helfen kann. Denn ich glaube nicht, daß wir in dem großen Reichsfonds russische Papiere in erheblichem Umfange haben, und auf Ankäufe für Privatrechnung hat die Regierung keinen Einfluß.

Wenn man die Regierung in solcher Weise interpellirt und zu einer eingehenden Antwort nöthigt, so bereitet man ihr lediglich Verlegenheiten schon deshalb, weil die Uebertreibung dessen, was erwartet und verlangt wird, den auswärtigen Minister immer bis zu einem gewissen Grade nöthigt, den Advocaten derjenigen Regierung zu machen, gegen welche die Aeußerungen gerichtet sind. Der Vorredner hat zuletzt die politische Seite der Frage in den Vordergrund gestellt, nachdem er zuerst die Möglichkeit, daß diese Zollfrage uns etwa bewegen könnte bei einem möglicherweise ausbrechenden russisch-türkischen Kriege uns auf die Seite der Türken zu stellen und Rußland anzugreifen, von der Hand gewiesen hat. Darüber bin ich recht froh, bemerke ihm aber, daß er wegen eines gewissen Dilettantismus den Zusammenhang der Abstufungen zwischen Freundschaft, Kälte, Verstimmung, Zwistigkeit der Gegenwart und der Zukunft doch nicht recht klar gemacht hat. Wenn man zur unrechten Zeit einer Macht, die sich in gespannter Situation befindet, einen Stock zwischen die Räder schiebt, so ist es möglich, daß der Stock augenblicklich aufhält, aber der Kutscher des Wagens merkt sich doch denjenigen, der den Stock dazwischen geschoben hat, und es ist doch immerhin möglich, daß das, was dem Vorredner so unverfänglich erschien, der erste Anfang und Keim zu einer Verstimmung wird, die allmälig weiter geht. Das ist ja ganz unzweifelhaft, daß die Interpellation meinen Bestrebungen hinderlich ist, zumal in dem Augenblick, wo meine Aufgabe notorisch auf die Erhaltung des Friedens gerichtet ist. Selbst in dem sehr unwahrscheinlichen Falle, daß durch Verhandlungen auf Grund der Interpellation der russische Grenzzoll abgestreift würde, so könnte das doch vielleicht eine von den Ursachen sein — nicht jetzt, aber später — welche in sehr unangenehmer Weise die freundschaftlichen Beziehungen zu einer Störung bringen. Ich habe schon aus einer früheren Discussion mit einer gewissen Verwunderung ersehen, daß von einigen Seiten des Hauses die jetzige Politik vermöge ihres erkennbaren Wohlwollens für Rußland für zu friedfertig gehalten wird.

Es wurde uns vorgehalten, daß wir die große Macht, die uns die deutsche Einheit gegeben hat, nicht zu dem richtigen Zwecke benutzen, so daß wir schließlich ganz in der Luft schweben blieben ohne Stütze auf Verbindungen. Früher wurde uns von allen Seiten vorgeworfen, wir suchten Krieg und Händel; jetzt, wo diese Unwahrheit in der ganzen Welt keinen Glauben mehr findet, beschuldigt man uns, wir seien zu friedfertig und machen von unserer Macht nicht den richtigen Gebrauch. Der Vorredner befindet sich, wie, wie so mancher Andere, in dem Irrthume, daß er glaubt, Rußland verlange von uns augenblicklich sehr große Gefälligkeiten und Dienste. Das ist durchaus nicht der Fall. Er hatte angedeutet, als wenn Rußland mit Eroberungen umgehe und sein Ländergebiet erweitern wollte, und hat auf die Gefahr hingewiesen, die für unsern Handel und Verkehr dadurch entstehen könnte, wenn die russische Zollsperre auch noch auf andere augenblicklich nicht russische Länder ausgedehnt würde. Wenn der Vorredner den Beweis dafür liefern könnte, so würde die ganze Politik des übrigen Europa eine andere sein, und er würde mancher andern Regierung damit einen recht großen Dienst erweisen. Bis jetzt aber liegt nichts weiter vor, als die feierliche Versicherung des Kaisers Alexander, die auf Veranstalten der russischen Regierung in die Oeffentlichkeit gekommen ist, daß er seinerseits auf jede Eroberung verzichte, und ich weiß nicht, wer ein Recht hat, den Versicherungen dieses Monarchen gegenüber, namentlich in unserem Lande, dem er immer ein Freund und guter Nachbar gewesen ist und dem er sein gegebenes Wort stets aufs Vollständigste gehalten hat, so plötzlich im Publikum den Verdacht zu erregen, als handle es sich unbedingt um die Eroberung neuer Provinzen, bei der wir eine gewisse Connivenz zeigen müßten. Rußland verlangt von uns gar nichts, wofür wir unsrerseits irgend einen Preis fordern könnten.

Rußland verlangt von uns gar nichts, als auf einer friedlichen Conferenz unsere Mitwirkung zu einem Zwecke, der auch der unsere ist, nämlich zu einer besseren Stellung der Christen der europäischen Türkei und zur Herbeiführung von Zuständen, bei denen solche Vorgänge, wie die Metzeleien de

Tscherkessen in Bulgarien, nicht mehr zu den Wahrscheinlichkeiten gehören, kurz eine Sicherstellung der christlichen Unterthanen der Pforte gegen eine Behandlung, die sich mit den heutigen Rechtszuständen in Europa nicht vertragen und über deren Abstellung ganz Europa einig gewesen ist; es hat nur nicht die richtige Form finden können, diese Einigkeit wirksam zu machen. Hierüber sind wir aber mit Rußland in Bezug auf den Zweck der Conferenz einig; wir handeln also im eigenen Interesse, aus Sympathie für unsere Glaubensgenossen, gleichzeitig aber auch in einem civilisatorischen Cultur-Interesse; es ist dies gewissermaßen ein Theil des Culturkampfes. (Heiterkeit.) Sollten wir dafür von Rußland eine Compensation verlangen? Das wird der Vorredner selbst nicht fordern. In der augenblicklichen Sachlage liegt die Möglichkeit sehr nahe, daß trotz der Uebereinstimmung diese Conferenz resultatlos verläuft, und es ist nach den Erklärungen der russischen Regierung für diesen Fall die Wahrscheinlichkeit sehr nahe gelegt, daß Rußland auf eigene Hand vorgehen würde, um mit den Waffen der Pforte abzukämpfen, was sie friedlich nicht bewilligen will. Für diesen Fall verlangt Rußland keinen Dienst von uns, sondern nur unsere Neutralität, was vollständig in unserem Interesse liegt. Sollen wir Rußland gegenüber ein Veto einlegen, einen Zweck zur Ausführung zu bringen, den wir selbst als den unsrigen mit erkennen, und von dessen Ueberschreitung Seitens Rußlands wir keinen Beweis haben? Wir können doch unmöglich in dem Augenblicke, wo Rußland für unsere gemeinschaftlichen Zwecke seine Kräfte in Bewegung setzt, unsere Truppen an die Grenze schicken, und ihm dies unsererseits verbieten; eine solche Thorheit würde der Vorredner uns doch nicht zumuthen wollen. Es geht aber logisch ganz klar hervor, daß Rußland an uns gar keine Ansprüche macht, für die wir irgend eine Reciprocität verlangen könnten. Wenn wir diese dadurch haben wollten, daß wir das politische und wirthschaftliche Gebiet vermengen wollten, zu welchen Ungeheuerlichkeiten kommen wir dadurch? Es würde das geradezu an die Vorgänge erinnern, wie Sie von Inhabern gewisser Geschäfte auf dem Mühlendamm hier in Berlin gehört haben, daß sie Händel suchen mit denjenigen, die von ihnen nicht kaufen wollen. (Heiterkeit.)

Daß man auf solche Weise Händel mit Rußland suchen könnte, weil es nicht von uns kauft, wird Niemand verlangen. Ich könnte Ihnen noch näherliegende Beispiele anführen. Nehmen Sie an, daß in dem Momente, wo wir kriegerisch beschäftigt gewesen sind, oder wo uns kriegerische Verwickelungen drohten, Rußland uns gesagt hätte: ich will euch wohlwollend behandeln, wenn Ihr mir die Unbequemlichkeit abnehmt, daß Ihr die Rinderpestsperre aufhebt! Wäre das nicht eine Politik gewesen, die man als einer großen Nation unwürdig allgemein verurtheilen würde? Nehmen Sie ferner an, daß in dem Augenblicke, wo wir nach Frankreich zu gehen genöthigt waren, Oesterreich gesagt hätte, wir werden still sitzen, eine Euch wohlwollende Neutralität beobachten, wenn Ihr alle Ungarweine auf Eurem Gebiet zollfrei eingehen laßt und eine gleiche Zollbegünstigung für unsere Zuckersiedereien zugesteht. Ich weiß nicht, was in diesem Augenblick die Antwort darauf gewesen wäre. Ich meine, wenn wir in diesem Augenblick die Neutralität nothwendig gebraucht hätten, so würde ich wohl die Concessionen gegeben haben, dazu bin ich Geschäftsmann genug (Heiterkeit); aber wenn wir aus unserer bedrängten Lage herausgekommen wären, so würde ich glauben, daß wir einfach unsere Zollunabhängigkeit wieder eingeführt oder den Moment abgewartet hätten, um der österreichischen Regierung zu sagen: nun liegt die Sache aber anders, wir bitten nicht nur um Zurückgabe unserer Concession, sondern auch um entsprechende andere Concessionen. Wenn ich derartiges anführe, so bin ich weit entfernt davon zu glauben, daß man derartigen Unsinn zur Grundlage der Politik machen könnte. Die politischen Verhältnisse sind ja viel fluctuirender als die wirthschaftlichen. Wenn Rußland wirklich in einer so kritischen Lage wäre, daß es unsere Hilfe gebrauchte, und wir wollten uns vermiethen für den Preis einer Zollconcession, wer kann uns dafür bürgen, daß wir nicht in drei Jahren in eine ähnliche Lage kommen können, um Rußlands freundnachbarliche Hilfe zu brauchen und nun Rußland durch Concessionen in Zollsachen unsererseits seine politische Hilfe balanciren zu müssen? Politische und wirthschaftliche Verhältnisse lassen sich nicht vermischen.

Wenn die Tendenz dieser Interpellation vielleicht darin bestanden hat — ich erinnere mich ja ähnlicher Reden vor etwa 14 Jahren, als die polnische Insurrection war und von unserer Convention mit Rußland so sehr viel die Rede war, und wo man ebenfalls die Tendenz hatte, uns mit Rußland zu brouilliren — die Herren werden vielleicht noch heute überzeugt sein, daß Sie damals das Richtige thaten — vielleicht auch nicht, ich bin jedenfalls vom Gegentheil überzeugt. Aber damals wie jetzt habe ich den Eindruck gehabt, daß derartige Interpellationen und Discussionen nicht im Stande sind, unsere guten Beziehungen mit Rußland zu verwirren. Es ist richtig, einige Parteien bei uns sind Rußland abgeneigt, aus Gewohnheit, aus Erbschaft, aus Erinnerung, andere aus inneren Interessen, weil die russische Regierung auf confessionellem Gebiet nicht ihren Interessen nachgiebt. Aber bemühen sich die Herren, wie sie wollen, ich gebe Ihnen die Versicherung, so lange wir auf diesem Flecke stehen, wird es Ihnen nicht gelingen, unsere guten und innigen und soliden Beziehungen zu Rußland zu brouilliren und in unsere erprobte hundertjährige Freundschaft einen Riß zu machen. Dazu gehören stärkere Leute wie Sie, stärkere Leute wie ich, dazu gehört die kaiserlich russische Regierung selbst, und Keiner von dieser hat die Absicht. Ich spreche damit nicht nur meine Ueberzeugung, sondern, wie ich bestimmt weiß, auch die Ansicht der verbündeten Regierungen und namentlich Sr. Majestät des Kaisers selbst aus. Die Herren, die diese Trübung unserer Beziehung zu Rußland zum Bedürfniß haben, sind vom Ziele weit entfernt, denn das Bündniß, was die drei Kaiser auf längere Zeit vereinigt, besteht in voller Wirkung, und ich kann versichern, daß trotz der Stimmen der österreichischen Presse, über deren Motive ich mich hier nicht weiter auslassen will, das Verhältniß zwischen Rußland und Oesterreich von jeder Trübung weit entfernt ist. Ich bin vollkommen in der Lage, zu versichern, denn wir sind darüber sehr genau unterrichtet, daß das Dreikaiserbündniß noch heute seinen Namen im vollsten Maße verdient und in voller Stärke besteht. Man würde aber fehlgehen, wenn man daraus schließen wollte, daß das Dreikaiserbündniß sich in eine Spitze gegen die dritte der hauptsächlich in der orientalischen Frage betheiligten Mächte, gegen England, zu bilden bestimmt ist.

Wir haben mit England nicht minder wie mit Rußland die Tradition hundertjähriger guter Beziehungen, die ja mitunter auf dem öffentlichen Gebiete Momente der Entfremdung gehabt haben, ich kann wohl sagen, einseitig auf englischer Seite; wir sind unserer Meinung fast durchgängig treu geblieben. Wenn ich unsere Aufgabe in der orientalischen Frage charakterisire, so wird der Interpellant daraus entnehmen, daß innerhalb unseres Programms die Zollfrage keinen Platz hat. Wir haben in der Türkei für die Interessen, die ich vorhin charakterisirte, die allgemeinen Sympathien mit unserem Nachbar. Wenn der Vorredner eine von ihm selbst nur als Gerücht bezeichnete Aeußerung von mir anführte, in dem ganzen Orient stecke für uns kein Interesse, das so viel werth sei, wie ein pommersches Rittergut, so ist das irrthümlich; es ist immer an solchen Legenden ein Stückchen Wahrheit und ein Bissele Falschheit dabei. (Heiterkeit.) Ich habe gesagt, ich werde zu irgend welcher activen Betheiligung Deutschlands nicht rathen, so lange in dem ganzen Streite für Deutschland kein Interesse in Frage steht, welches auch nur die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers werth wäre. Ich habe damit ausdrücken wollen, daß wir mit unseren Landsleuten und Soldaten sparsamer sein müßten, als daß wir sie für eine Politik einsetzen, für die wir kein Interesse haben. (Beifall.) Wir sind hier allerdings die Mindestbetheiligten, vielleicht ist Frankreich ebenso wenig betheiligt; von den übrigen betheiligten Mächten, mit denen wir in ungetrübter Freundschaft stehen, kann man das nicht so absolut sagen, insoweit für sie die Dinge doch eine solche Gestalt annehmen können, welche die türkischen Interessen zu einheimischen, zu englischen und russischen Interessen machen. Sie sind eben darin in einer andern Lage als wir, wenn die jetzige orientalische Frage, so weit sie sich übersehen läßt, und nicht überhaupt auf Conjecturen und Phantasien beruht, für uns überhaupt meinem Urtheile nach keine Kriegsfrage enthält, so enthält sie doch sehr wohl die Aufforderung zu einer außerordentlich vorsichtigen Politik, die sich den anderen Mächten durch ihr Wohlwollen und ihre Friedensliebe empfiehlt, weil sie dadurch keins ihrer Interessen verletzt.

Mein Bestreben und meine mir von Sr. Majestät dem Kaiser gestellte Aufgabe ist: in dem diplomatischen Verkehr dahin zu wirken, daß womöglich die guten Beziehungen, in denen wir zu den drei nächstbetheiligten Mächten stehen, ungetrübt oder doch möglichst wenig getrübt aus dieser Crisis hervorgehen mögen, daß wir sie pflegen sollen, wie wir können. Es könnte uns nur dadurch diese Aufgabe verdorben und gestört werden, wenn irgend einer unserer Freunde von uns verlangte, unsere stärkere Freundschaft zu ihm dadurch zu bethätigen, daß wir den anderen Freund, der uns ebenfalls nichts gethan hat, der im Gegentheil unser Freund bleiben will, feindlich behandeln und unsere stärkere Liebe durch Haß gegen den anderen beweisen sollen. Es liegt das nicht außerhalb der Möglichkeit. Wir sind in den Jahren 1853, 1854, 1855 Zumuthungen in einem Maße ausgesetzt gewesen, welche mich die Geduld unseres damaligen allergnädigsten Herrn bewundern ließen und denen gegenüber meine politischen Ansichten mit denen meines damaligen Vorgesetzten nicht immer zusammenfielen. Ich würde an seiner Stelle die Versuche, uns für fremde Interessen aus Gefälligkeit oder Furcht vor Krieg in einen schädlichen Krieg mit Anderen zu treiben, sehr entschlossen und in einer unangenehmen Weise zurückgewiesen haben, sollte ich auch schließlich in die Lage gekommen sein, den Zutritt zu der damaligen Pariser Conferenz nicht mehr zu finden; es wäre damit, glaube ich, nicht allzu viel verloren gewesen. (Heiterkeit. Sehr richtig!) Also dergleichen liegt nicht außer dem Bereich der Möglichkeit; es geschah uns damals und es hat schließlich doch die treue und feste Gesinnung des damaligen Königs von Preußen seinem Volke gegenüber, das er in unnütze Kriege, in ein Zerwürfniß mit einem seit mehreren Jahrhunderten treu wohlwollenden Nachbarn nicht bringen wollte, schließlich ihre Früchte getragen.

Ich bin aber gar nicht des Glaubens, daß man uns jetzt gleiche Zumuthungen machen werde; bis jetzt sind sie uns von keiner Seite gemacht worden. Im Gegentheil unsere Allen gegenüber freundschaftliche und wohlwollende Stellung ist von jedem Einzelnen gewürdigt worden. Man hat dieselbe ganz natürlich gefunden und uns mit jeder unbilligen Zumuthung verschont. Man weiß die Nützlichkeit unserer Stellung zu schätzen; denn wir haben die Möglichkeit, unbetheiligt zu vermitteln in einer Richtung hin, die entweder den Krieg verhindert, oder wenn sich das als unmöglich erweisen sollte, doch die Mittel bietet, ihn einzuschränken und zu hindern, daß aus dem orientalischen Kriege ein europäischer werde, ein Krieg zwischen zwei europäischen Mächten. Also selbst wenn die Conferenz scheitern sollte, sei es, daß die Mächte unter sich sich nicht einigen, sei es, daß sie nicht die Zustimmung der Türkei zu ihren Vorschlägen erlangen könnten, und in Folge dessen Rußland auf eigene Hand verfahren sollte, so ist es deshalb noch nicht nothwendig, daß dieser Krieg weitere Theilnehmer findet; wenigstens wird unser Bestreben dahin gerichtet sein, so weit freundschaftliche und beiden Theilnehmern annehmbare Vermittelung das vermag, zu versuchen, das Weitergreifen des Krieges zu hindern. Ich halte es nicht für absolut nothwendig, — die englisch-russischen Interessen mögen ja sehr schwierige Berührungspunkte haben und der Ausgleich unter ihnen nicht leicht sein, ob aber eine Kriegführung zwischen zwei so mächtigen Staaten, von denen keiner doch geographisch in der Lage ist, dem andern einen solchen Zwang anzuthun, selbst wenn er siegreich sein sollte, ob nicht beide selbst, durch unsere Vermittelung oder direct, zu der Ueberzeugung zu bringen sind, daß sie besser thun, sich im friedlichen Ausgleich ihrer Interessen gegenseitig zu verständigen, das muß die Zukunft lehren.

Wir hoffen — und jedenfalls wird unser Bestreben dahin gerichtet sein — in erster Linie, daß wir uns den Frieden und die Freundschaft mit unseren bisherigen Freunden bewahren, in zweiter Linie, daß wir, so weit es durch freundschaftliche, von allen Seiten bereitwillig aufgenommene Vermittelung möglich ist, unter absolutem Ausschluß aber jeder comminatorischen Haltung von unserer Seite, uns bestreben, den Frieden unter den europäischen Mächten unter sich nach Möglichkeit zu erhalten, das heißt also, den Krieg, wenn er im Orient ausbrechen sollte, nach Möglichkeit zu localisiren. Gelingt das nicht, m. H., so entsteht eine neue Lage, über die ich mich in Conjecturen nicht einlassen kann und über die Sie heute von mir keine Auskunft verlangen werden. Ich würde auch bei dieser Sachlage nicht so lange Ihre Geduld in Anspruch genommen haben, wenn nicht der Excurs, den der Interpellant auf das politische Gebiet machte, die politischen Hilfstruppen, die er zur Unterstützung von Zoll-Interessen heranzog, mich genöthigt hätten, auch das politische Gebiet zu betreten, das ich, soll ich nicht mißverstanden werden, nicht betreten kann, ohne es in der ganzen, vom Interpellanten mir aufgenöthigten Ausdehnung zu durchschreiten.

Bundesbevollmächtigter v. Philipsborn: Meine Andeutungen sollen dazu dienen, gewisse thatsächliche Gesichtspunkte zu constatiren, deren Beachtung eine unbefangene und objective Beurtheilung der Interpellation in ihrer wirthschaftlichen Seite möglich macht. Ich kann zunächst constatiren, daß ein vertragsmäßiges Verhältniß in Bezug auf Handel- und Verkehrs-Beziehungen im Allgemeinen zwischen Rußland und Deutschland nicht besteht; jedem der beiden Staaten ist also die freie Bewegung auf diesem Gebiete gegenüber dem andern gesichert, und er kann im eigenen Interesse thun was er will. Wenn dies nun auch eine sehr unerwünschte Situation ist, so muß man doch die Dinge nehmen, wie sie liegen.

Wenn Rußland vom 1. Januar k. J. die Bezahlung der Zölle in Gold verlangt, so hat es dies in Uebereinstimmung mit seinem Interesse gefunden, und es kann keiner anderen Regierung obliegen, die russische Regierung in dieser Frage über die Zweckmäßigkeit der Maßnahme aufklären zu wollen in ihrem Interesse, und die Reichsregierung kann es nicht für ihre Aufgabe erachten, Schritte deshalb zu thun. Von russischer Seite ist übrigens bemerkt worden, daß die Erhebung der Zölle in Gold eigentlich nichts anderes beabsichtigt, als den Zollsatz, wie er ursprünglich beabsichtigt gewesen, wieder herzustellen, nachdem er durch die Entwerthung des Papiergeldes zu tief gesunken. Nun stellt man an uns die Frage, ob wir wohl geneigt seien, der russischen Regierung Anerbietungen zu machen, um sie zu einer uns günstigen Zollpolitik zu führen. Verhandlungen haben allerdings schon Jahre lang geschwebt, haben aber zu keinem Ziele geführt; jetzt ist jedoch die russische Regierung bereit, in Verhandlungen mit uns über gegenseitige Zollerleichterungen einzutreten (hört! hört!), und wir nehmen solche Einladung mit Dank an. Ich bin fern davon, große Hoffnungen darüber anregen zu wollen, doch darf man dieselbe auch nicht zu gering anschlagen. Gelingt die Verständigung, dann kann die Reichsregierung sich der Zustimmung des Hauses wohl versichert halten; gelingt die Lösung auf diesem Wege nicht oder nicht gleich, dann werden wir gemeinsam mit Ihnen den Weg erwägen, der angemessen zu sein scheint. Tritt der Fall ein und es knüpfen sich daran weitere Erwägungen, dann, denke ich, wird das Haus im Stande sein, zu prüfen, ob solche Maßregeln, wie sie von Seiten des Interpellanten vorher angedeutet sind, uns helfen können, um zu dem Ziel zu gelangen, wie wir Alle es wünschen, nämlich zu einer Verständigung, welche den beiden großen Staaten zum Nutzen gereicht. (Beifall.)

Auf den von der Fortschrittspartei und einen Theil des Centrums unterstützten Antrag des Abg. Hänel tritt das Haus in eine Debatte über die Interpellation ein.

Abg. Dr. Hänel: Ich danke dem Hause, daß es mir die Besprechung der Interpellation gestattet; ich würde es auch auffallend gefunden haben, wenn der Reichstag nach den soeben von Seiten des Reichskanzlers gegen die Fortschrittspartei gerichteten Angriffen uns das Wort abgeschnitten hätte. Ich freue mich, daß der Bundesbevollmächtigte von Philipsborn selbst auf unsere Seite getreten ist und die Berechtigung unserer Interpellation durch seine Ausführung in wirthschaftlicher Beziehung anerkannt hat, indem er darauf hinwies, erstens, daß die russische Regierung sich bewogen fand, der deutschen von ihrer projectirten Maßregel Anzeige zu machen, und somit selbst das Einschneidende ihrer Maßregel für Deutschland anerkannte; zweitens, daß Verhandlungen angeknüpft worden sind, von denen man hoffe, daß sie zu einem günstigen Ziele führen würden. Wenn auf diese Weise die Berechtigung der Interpellation von Seiten des Bevollmächtigten anerkannt worden, so wird selbst die Rede des Herrn Reichskanzlers diese Berechtigung nicht abschwächen können. Ich kann nur sagen, daß mich die Rede des Reichskanzlers aufs Aeußerste verletzt hat und daß ich nicht geglaubt hätte, daß eine derartige Rede im Reichstag möglich gewesen wäre. (Oho! Unruhe.) Ich habe aus derselben nur die Ueberzeugung einer persönlichen Gereiztheit, nicht aber einer vorhandenen Hinderung seiner Politik durch unsere Interpellation gewinnen können. Ich kann überhaupt die Rede nur begreifen von der Voraussetzung aus, als ob wir mit der Absicht aufgetreten wären, das Verhältniß zwischen Deutschland und Rußland zu trüben und den Frieden um einer bloßen Interessenpolitik willen zu gefährden. Gerade das Gegentheil aber haben wir mit unserer Interpellation beabsichtigt. Wenn wir in einem wirklich freundschaftlichen Verhältniß zu einer Großmacht wie Rußland stehen wollen, so kommt es darauf an, die Bevölkerungen zu befreunden und ihre wirthschaftlichen Interessen zu versöhnen.

Dieses ganz natürliche Gefühl ist jetzt verletzt worden; die Bevölkerung Deutschlands hat den Eindruck, daß unsere Politik auf der Freundschaft mit Rußland basirt, aber gerade deshalb fragt man sich erstaunt, weshalb gerade in diesem Moment unter Mißachtung aller unserer wirthschaftlichen Interessen Rußland mit derartigen Maßregeln vorgeht. Ueber diese Frage wollten wir Erklärungen, sowie darüber, ob es nicht möglich wäre, auf Geund der freundschaftlichen politischen Beziehungen Rußland im eigenen Interesse Vorstellungen zu machen, damit eine Aenderung auf zollpolitischem Gebiete eintreten möchte. Ich muß also die Zumuthung entschieden zurückweisen, als ob wir eine Störung der freundschaftlichen Verhältnisse beabsichtigt hätten. Fällt aber diese Voraussetzung, so muß ich sagen, hat mich die Rede des Reichskanzlers absolut nicht befriedigt. Ich anerkenne in Bezug auf die äußere Politik mich gern als Dilettanten und ihn als Minister, aber von einem solchen kann man doch mindestens verlangen, daß er die Gründe seiner Politik in überzeugender Weise darzulegen vermöge. Das war hier nicht der Fall. Die ganze Deduction beruhte lediglich auf dem versuchten Nachweis der Nothwendigkeit einer Trennung zwischen Politik und Wirthschaft, und ich habe mich um so mehr darüber gewundert, als wir Frankreich gegenüber den Reichskanzler als einen guten Redner auch in wirthschaftlicher Beziehung kennen gelernt haben, der durchaus nicht mit der chevaleresken Leichtfertigkeit früherer Jahrhunderte die Wirthschaftsfrage der Politik hintenansetzte. Der Reichskanzler beruft sich fortwährend auf die Freundschaft mit Rußland, aber diese Freundschaft kommt einzig und allein diesem Lande zu gute. Rußlands Neutralität im französischen Kriege haben wir hinreichend und mit Dank vergolten durch das Aequivalent der Aenderung des Pariser Vertrages. Wenn wir eine billige Berücksichtigung unserer wirthschaftlichen Interessen verlangen, und besonders in diesem Augenblick, wo die deutsche Industrie sich noch nicht erholt hat, so kann man doch das unmöglich als einen feindlichen Schritt gegen die Neutralität hinstellen, und ich freue mich, daß die Rede des Reichskanzlers in dieser Beziehung eine so treffliche Widerlegung in den Ausführungen der Bundesbevollmächtigten gefunden hat. (Beifall links.)

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Der Vorredner hat es von sich abgewiesen, daß er mit seiner Interpellation die Absicht gehabt habe, die Friedenszwecke der deutschen Politik zu durchkreuzen. Ich will dem gegenüber nochmals hervorheben, daß ich diese Interpellation für unsere Verhandlungen mit Rußland für nachtheilig halte. War dem Interpellanten nur daran gelegen, über die Sachlage belehrt zu werden und vielleicht auch seine Parteigenossen zu belehren, so hatte er den Weg zu einer persönlichen Anfrage bei mir sehr leicht, ohne daß er den Apparat brauchte, mich vor versammeltem Reichstage, vor einem großen Publikum, vor der ganzen europäischen Oeffentlichkeit zur Rede zu stellen, über eine Sache die in kritischen Momenten immer schwierig zu beantworten ist. Die Logik des Herrn Vorredners habe ich nicht ganz verstanden, wenn er sagt, die Interpellation sei am Platze gewesen, weil der neben mir sitzende Herr Commissar erklärt hat, daß Verhandlungen schweben. Ich habe sonst bei parlamentarischen Versammlungen, die die Absicht haben, ihre Regierung nicht zu lähmen, immer gefunden, daß grade schwebende Verhandlungen ein Anlaß gewesen sind, die Regierung nicht durch eine unbequeme Interpellation zu einer Erklärung zu nöthigen. Wenn Sie die Absicht, die Regierung in Verlegenheit zu setzen, um dem nothleidenden Publikum noch mehr Schaden zuzufügen, nicht gehabt haben — was ich ja bestimmt nicht annehme — dann kann ich nur sagen, ich halte Sie für einen Theil jener Kraft, die stets das Gute will und stets das Böse schafft (Unruhe links.).

Abg. Graf Bethusy-Huc: Ich habe mich vergebens nach dem Zweck der Interpellation gefragt. Ich kann nicht annehmen, daß der Interpellant die Absicht gehabt hat, seiner Partei den Anschein zu vindiziren, daß sie ein wärmeres Interesse für das Land habe, als andere Parteien. Ich glaube auch nicht, daß er der Regierung hat Schwierigkeiten bereiten wollen; es würde ihn daran sein Patriotismus hindern. Wenn aber der Herr Reichskanzler gemeint hat, daß thatsächlich durch die Interpellation Schwierigkeiten für die Regierung entstanden seien, so bin ich in diesem einzigen Punkte anderer Ansicht, als der Reichskanzler. Ich glaube, es mußte ihm selbst erwünscht sein, eine Gelegenheit erhalten zu haben, seine Ansichten über die gegenwärtige politische Lage vor dem Lande auszusprechen. Aus diesem Grunde und insoweit bin ich dem Abg. Richter für seine Interpellatton dankbar. Ein Erfolg ist aber von derselben nicht zu erwarten. Der Interpellant selbst hat keine Mittel anzugeben gewußt, durch welche die von ihm beklagten Mißstände beseitigt werden könnten. Wenn wir für die Aufhebung derselben der russischen Regierung Concessionen machen sollten, so könnten dieselben doch nur auf politischem Gebiete liegen und müßten zu einem Separatbündniß mit Rußland und zur Auflösung des Dreikaiserbündnisses führen, die wir nicht wünschen. Auch ich wünsche eine Aenderung der an der russischen Grenze bestehenden Zollverhältnisse. Dieselben sind sehr schlechte, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, da ich unweit der russischen Grenze wohne und jenseits derselben mit einer kleinen Scholle angesessen bin. Unsere Interessen und auch diejenigen der russischen Bevölkerung erfordern eine Aenderung der jetzigen Zustänge. Ich hoffe auch, daß dieselbe in friedlichen Zeiten nach Beendigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten auf friedlichem Wege herbeigeführt werden wird.

Auf die äußere Politik gehe ich in diesem Hause nicht gern ein, weil ein einziges unbedachtes Wort große Gefahren herbeiführen kann und im Großen und Ganzen von der Discussion kein großer Nutzen zu erwarten ist. Aber das glaube ich aussprechen zu dürfen: die Gesammtstimmung des deutschen Volkes ist dem Frieden zugeneigt. Es fürchtet nicht etwa eine Niederlage; das liegt nicht in dem Charakter des deutschen Volkes; aber es scheut auch einen siegreichen Krieg, wenn derselbe nicht nothwendig ist. Sollten wir, wie im Jahre 1870 zu einem Kriege herausgefordert werden, so werden wir entschlossen zu den Waffen greifen. Ich stimme aus vollem Herzen den Worten des Herrn Reichskanzlers bei, wenn er sagte, er wolle einen europäischen Krieg verhüten. Dieser Zweck wird aber am besten erreicht durch Festhaltung des Drei-Kaiserbündnisses. Die deutsch-nationalen Interessen Oesterreichs müssen wir schützen und deshalb für die territoriale Integrität Oesterreichs einstehen. Ein eben so großes Interesse haben wir an der Freundschaft Rußlands. Die deutsche Nation wünscht das Fortbestehen des Drei-Kaiserbündnisses und vertraut den Intentionen des Kaisers und seiner bewährten Rathgeber.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich erkenne an, daß Verhandlungen in diesem Hause über Fragen dieser Art für die Regierung Schwierigkeiten herbeiführen können. Wenn dies aber bezüglich der Richter'schen Interpellation wirklich der Fall war, so lag es ja in der Hand der Regierung, die Discussion abzuschneiden, indem sie erklärte: es schweben mit Rußland diplomatische Verhandlungen, deshalb können wir auf eine Beantwortung der Interpellation nicht eingehen. (Sehr richtig!) Uebrigens liegen auch für den Interpellanten Schwierigkeiten in unserer Geschäftsordnung. Er muß nämlich gleich beim ersten Angriff die Sache ausführlich behandeln, weil er nicht weiß, ob das Haus beschließen wird, in eine Besprechung der Interpellation einzutreten, ob er also später noch das Wort bekommen wird. Ich spreche meine Befriedigung darüber aus, daß nach den Erklärungen des Bundes-Bevollmächtigten von Philipsborn Verhandlungen bezüglich der Zollfrage mit Rußland eingeleitet sind, und die russische Regierung sich nicht abgeneigt erklärt habe, auf dieselben einzugehen. Ich zweifle auch nicht, daß die große Bedeutung, welche die Stellung Deutschlands besonders im gegenwärtigen Augenblicke hat, die russische Regierung davon überzeugen wird, daß es mißlich ist, in der deutschen Bevölkerung eine Mißstimmung zu erregen. Ich habe also, was den Gegenstand der Interpellation betrifft, die besten Hoffnungen, daß derselbe im Sinne des Interpellanten geregelt werden wird. Damit möchte ich am liebsten schließen. Aber es ist außer der Frage des Interpellanten auch die allgemeine politische Frage erörtert worden. Der Totaleindruck der Discussion ist mir trotz der Verschiedenheit meiner Auffassung in Einzelheiten ein sympathischer gewesen.

Ich constatire das besonders deshalb, weil aus einer Aeußerung des Reichskanzlers hervorgehen konnte, daß das Centrum bei einer früheren Gelegenheit irgend eine ihm feindliche Richtung bezüglich der orientalischen Frage an den Tag gelegt habe. Das ist nicht der Fall. Wir wünschten damals von dem Reichskanzler seine Ansichten über die orientalische Frage zu hören, weil wir das Bedürfniß hatten, darauf aufmerksam zu machen, welches Gewicht Oesterreich in dieser Frage habe. Oesterreich ist eine europäische Nothwendigkeit. Wir haben directe Interessen an der unteren Donau, nämlich wichtige Culturinteressen; wir wollen nicht, daß dort ein Kreis slavischer Völker die Deutschen umgebe. Wenn dieses heute mehr, als früher, anerkannt worden ist, so hat mich das sehr befriedigt. Auch hat es mich gefreut, daß der Herr Reichskanzler erklärte, daß das Dreikaiserbündniß noch existire, er also dem fälschlich in die Welt geschleuderten Gerücht von einem Zweikaiserbündniß ein ausdrückliches Dementi gegeben hat. So lange das Dreikaiserbündniß besteht, sind die Interessen Deutschlands und Oesterreichs gewahrt. Man darf die wohlwollenden Aeußerungen über Oesterreich nicht so auffassen, als wollten wir eine Art von Vormundschaft über Oesterreich ausüben. Es ist mir unbegreiflich, wie man in Oesterreich dies hat aussprechen können. Wir thun diese wohlwollenden Aeußerungen nur, weil unsere eigenen Interessen dabei betheiligt sind. Im Großen und Ganzen bin ich also mit dem Reichskanzler einverstanden und enthalte mich deshalb, auf einzelne Aeußerungen einzugehen, die nicht ganz glücklich auf den Culturkampf gedeutet worden sind. Es könnte dann leicht die Gegenfrage entstehen, ob es nicht auch andere Länder giebt, in denen der Schutz der Cultur nöthig ist.

Abg. Dr. Bamberger: Ich glaube nicht, daß irgend Jemand im Hause fest der Meinung ist, daß der Interpellant oder seine Partei die Absicht habe, die Kreise friedlichen Verhaltens zwischen Deutschland und Rußland irgendwie zu stören. Aeußerungen, welche auf eine solche Meinung gedeutet werden können, sind wohl nur durch die Erregtheit der parlamentarischen Debatte veranlaßt. Was aber unsere handelspolitischen Beziehungen mit Rußland betrifft, so war ich von vornherein etwas in Schrecken, als ich die Interpellation las. Denn gerade gegenüber den wichtigen Verhandlungen, denen wir in der nächsten Zeit in derselben Materie entgegensehen, hielt ich es für sehr bedenklich, sich auf das Thema einzulassen, ob man nicht Repressalien gebrauchen soll gegenüber einer Regierung, die uns in Zoll- und Handelssachen unbequem ist. Zu meiner großen Freude hat die Discussion eine solche Wendung genommen, daß die handelspolitischen Erwägungen in den Hintergrund treten und keinen Eindruck auf das Publikum machen werden. Was aber die allgemeinen politischen Erklärungen des Reichskanzlers betrifft, so wird es das deutsche Volk mit Freude erfüllen, daß unser höchster Zweck ist, den Frieden, wenigstens für uns, zu erhalten. So lange der Reichskanzler auf diesem Wege geht, wird ihm das deutsche Volk zujubeln. Was die handelspolitischen Beziehungen betrifft, so habe ich aus

den Erklärungen des Reichskanzlers, von dem ich bezweifle, daß er auf meinem Standpunkt in handelspolitischen Dingen steht, ein Argument gewonnen, das ich künftig noch oft anzurufen gedenke, nämlich, daß man uns nicht mit Chauvinismus in diesen Dingen kommt, daß ich manchmal in die Lage gesetzt werden kann, im Interesse meines Landes die Operationsweise eines fremden Landes zu vertreten und den Anschein zu nehmen, als plaidire ich gegen meine eigenen Nationalen. Mit der Ansicht, daß man aus Bosheit gegen uns Zollerhöhungen gegen Deutschland mache, kommen wir in die allerschlimmste Handelspolitik hinein.

Ich habe mit Erstaunen von einem so gelehrten Geschichtskenner, wie dem Abg. Hänel vernommen, daß die frühere Handelspolitik nicht den Weg des Krieges betreten habe, um wirthschaftliche Vortheile zu erringen, daß aber jetzt der richtige Weg darin bestehen solle, Kriegspolitik, internationale Politik und Handels- und Gewerbepolitik mit einander zu verbinden. Wenn je sich etwas umgekehrt verhalten hat, so ist es dieses. Der englischen Politik des vorigen Jahrhundert bis zu dem Opiumkriege unseres Jahrhunderts warf man immer vor, daß sie Krieg machte, um ihren Handel, ihren Export zu befördern. Die ganze Colonialpolitik, die jetzt verändert ist, opferte militärische Anstrengungen, den Frieden, die Ruhe und die Mittel der Steuerpflichtigen, um chimären Vortheilen des Handels im Auslande nachzujagen. Die gesunde Politik kehrt immer mehr dazu zurück, daß ein Volk durch friedliche Arbeit, durch friedliches Vertragen mit seinen Nachbarn am besten auch für Handel und Gewerbe sorgt, daß alle Kriegsmittel, heißen sie nun Retorsion oder Schutzzoll oder politische Anfeindungen, um die Blüthe des inneren gedeihlichen Lebens zu befördern, vollständig auf ihren Urheber zurückfallen, viel mehr schädigen, als nützen. Aus diesem Grunde habe ich mit Freude die Erklärung des Herrn Philipsborn vernommen, daß wir nicht auf dem Wege gegenseitiger Bekriegung, sondern durch Zugeständnisse im Wege gegenseitiger Erleichterung, durch gegenseitige Zollzugeständnisse und nicht Zollerhöhung uns mit Rußland zu verständigen haben.

Abg. Hänel: Den Abg. Bamberger verweise ich auf den stenographischen Bericht, er wird dort finden, daß ich mit keinem Worte dem Gedanken Ausdruck gegeben habe, welchen er mir supponirt hat. Ich muß mich vielmehr gegen den Reichskanzler wenden. Denn wir sind fest entschlossen, jeder Wendung entgegen zu treten, welche den Anschein erregen könnte, als wolle unsere Partei die auswärtigen Interessen Deutschlands und die Friedenspolitik der Regierung weniger fördern, wie irgend eine andere. Ich lege deshalb entschieden dagegen Verwahrung ein, wenn der Reichskanzler die Behauptung aufrecht erhält, daß die Besprechung der Interpellation auf die augenblicklichen politischen Verhandlungen schädigend einwirke. Ich erkläre dies für positiv unmöglich. Wenn der Reichskanzler von vornherein dieser Ansicht gewesen wäre, so stand ihm ja nach der Geschäftsordnung frei, die Beantwortnng der Interpellation abzulehnen, ja er hatte die Pflicht, in diesem Falle die Beantwortung zurückzuweisen. (Sehr wahr! links.) Bei der geringsten Andeutung in dieser Hinsicht hätten wir sofort die Schritte gethan, welche unser Patriotismus uns geboten haben würde.

Fürst v. Bismarck: Der Vorredner behauptet, es sei unmöglich, daß die heutige Interpellation die deutschen Interessen schädige. Dem gegenüber muß ich ebenso bestimmt behaupten, daß das, was der Vorredner für unmöglich hält, Thatsache ist. Die heutige Behandlung der Zollfrage hat das Entgegenkommen der russischen Regierung in dieser Frage beseitigt. Man sagt mir, ich hätte die Interpellation nicht zu beantworten brauchen, aber es ist mir nicht mehr erinnerlich, daß ein solches Factum jemals vorgekommen wäre. (Rufe: Ja wohl!) Vielleicht in den schwersten Zeiten des Conflicts. Die Regierung konnte nicht darauf rechnen, daß eine solche Interpellation gestellt werden würde und am wenigsten, wie sie motivirt werden würde. Sie konnte ja auch so motivirt werden, daß sie uns nützen konnte. Wenn der Interpellant auch nur darüber geschwiegen hätte, daß wir Retorsionszölle unter keinen Umständen auflegen würden. Ich will nur denjenigen, welche in Zukunft eine Interpellation stellen wollen in der wohlwollenden Absicht, die Regierung zu unterstützen, rathen, sich mit mir oder meinem Nachfolger vorher zu verständigen, sonst muß ich stets eine derartige Interpellation, die kein anderes Motiv hat, als Opposition zu machen, als das Angebot eines Kampfes betrachten, dem ich nicht ausweiche.

Abg. Richter (Hagen): Es sind in handelspolitischen Sachen wiederholt Interpellationen gestellt worden, ohne daß man sich darüber beschwert hat, daß der Interpellant nicht außer über die Interpellation selbst auch über die Motivirung seiner Interpellation sich vorher mit der Regierung verständigte. Ich erinnere in dieser Beziehung nur an die Interpellation des Abgeordneten von Kardorff in Bezug auf die italienische Spiritusbesteuerung. Wenn ich die Interpellation nicht gestellt hätte, so würde es jedem Mitglied des Hauses unbenommen sein, dieselbe Frage demnächst bei der dritten Lesung an den Reichskanzler zu richten, wie es auch gestern und heute von verschiedenen Parteien wirklich erklärt worden ist. Ich habe nun dem Reichskanzler Gelegenheit geboten, die Frage vollständig zu beantworten. Hat dem Reichskanzler meine Motivirung nicht gefallen, so bot ja die Debatte, die sich daran knüpfte, ihm vollständig den Spielraum, dasjenige, was ihm nicht gefallen hat, zu widerlegen. Ich möchte ihn nur darauf aufmersam machen, daß in meiner Begründung viel weniger von Politik die Rede gewesen ist, als in den Reden aller folgenden Herren. Bis zu dem Augenblick, als ich mich zur Begründung der Interpellation erhob, wurde mir von allen Seiten versichert, daß ich damit der Regierung einen Gefallen gethan hätte, die Sache zur Sprache zu bringen, daß ich dem Reichskanzler Gelegenheit gegeben hätte, sich über die orientalische Frage zu äußern; ironisch fragte man mich sogar von conservativer Seite, ob ich etwa diesmal bestellte Arbeit geliefert hätte. Ich habe das geleugnet; ich bemerkte, wenn ich diese handelspolitische Frage vor einer allgemeinen Debatte über die orientalische Frage, wie es auch in dem Wunsche des Reichskanzlers zu liegen scheine, vorausnehme, so liegt das in dem Wunsche, daß die speciell handelspolitische Seite vor den allgemein politischen Erörterungen nicht zu sehr in den Hintergrund gedrängt werden möchte.

Ich war bis dahin in der That der Meinung, daß es auch dem Wunsche der Regierung entspräche, wenn die wichtigsten Interessen des deutschen Volkes nicht blos in kleinen Conventikeln vor einer beschränkten Zahl von Abgeordneten, sondern einmal öffentlich da erörtert werden, wo ihre Erörterung die Würde der deutschen Nation und des Reichstages erheischt. Ich freue mich auch, daß ich in dieser Beziehung einen Erfolg erzielt habe. Daß ich mir dadurch den Zorn des Reichskanzlers, wie es scheint, zugezogen habe, darüber muß ich mich mit dem gleichen Schicksal aller derer trösten, die, welcher Partei sie auch angehört haben, jemals in einer parlamentarischen Versammlung angefangen haben, über Rußland zu sprechen. (Beifall! Heiterkeit!)

Damit ist die Interpellation erledigt.

Das Haus tritt in die vorhin auf Antrag Lasker's aufgeschobene zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des § 44 des Gesetzes wegen Erhebung der Brausteuer vom 31. März 1872.

Abg. Oppenheim beantragt in dem bereits mitgetheilten § 1 die Worte: „bis auf Weiteres“ zu ersetzen durch die Worte: „bis zum 31. März 1878“.

Abg. Kircher (Meiningen) empfiehlt den Antrag Oppenheim zur Annahme.

Abg. Rickert erklärt sich gegen den Antrag Oppenheim, obwohl er dessen Annahme voraussieht, weil er die Praxis der Regierungen, immer „bis auf Weiteres“ sich die Brausteuer bewilligen zu lassen, unterstütze. Eine derartige zeitweilige Bewilligung der Einnahmen führe leicht zu einer dauernden Erhöhung der Ausgaben und deshalb sei diese Methode zu verwerfen.

Bundesbevollmächtigter meiningischer Minister Giseke erkennt die Mängel der Vorlage an, bezeichnet dieselben aber als eine, wenn auch unangenehme Nothwendigkeit.

Abg. Lasker ist zwar damit einverstanden, daß die Vorlage Mängel habe, hält aber auch ihre Nothwendigkeit im Sinne der Regierungsvorlage nicht für nachgewiesen. Er wolle zwar dem Antrage Oppenheim für dieses Mal zustimmen, er habe aber die ernste Absicht, nach Ablauf der gewährten Frist, entweder den Nachweis der absoluten Nothwendigkeit zu erhalten oder die Steuer pure abzulehnen.

Nachdem Abg. Lucius (Erfurt) nochmals den Antrag Oppenheim zur Annahme empfohlen, wird derselbe und mit demselben sämmtliche Paragraphen des Gesetzes genehmigt.

Es folgt die erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfes für Elsaß-Lothringen, betreffend die Festsetzung von Fischerei-Schonstrecken.

Abg. v. Behr-Schmoldow empfiehlt die Annahme der Vorlage ohne Discussion, giebt aber dem Wunsche Ausdruck, daß Verträge über diese Materie mit sämmtlichen Rheinuferstaaten behufs Feststellung einheitlicher Normen abgeschlossen, jedoch nicht durch Retorsionsmaßregeln erzwungen werden möchten.

Darauf wird der Gesetzentwurf in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Es erfolgt die erste Berathung des Niederlassungs-Vertrages zwischen dem Deutschen Reiche und der schweizerischen Eidgenossenschaft nebst Zusatzprotokoll.

Abg. v. Schulte begrüßt die Vorlage mit Freude, tadelt jedoch die darin beobachtete Orthographie der Zukunft und Nachlässigkeit in stylistischer und redactioneller Beziehung.

Die Verweisung an eine Commission wird abgelehnt; es folgt sofort die zweite Berathung.

Artikel 8 lautet: „Beide Theile behalten sich in Bezug auf solche Personen, welche vor Erfüllung ihrer Militärpflicht die Staatsangehörigkeit gewechselt haben, das Recht vor, ihnen die Befugniß zum bleibenden Aufenthalte oder die Niederlassung in ihrem früheren Heimathslande zu untersagen.“

Das Zusatzprotokoll bestimmt: „Die beiden contrahirenden Staaten geben sich die gegenseitige Zusicherung, daß in allen Fällen, wo der Artikel 8 in Anwendung kommen wird, der Ausweisung vorausgehend, die Verhältnisse genau untersucht und erwogen werden sollen, und insofern die Umstände ergeben, daß der Nationalitätswechsel bona fide und nicht zum Zwecke der Umgehung der Militärpflicht erfolgt ist, die Ausweisung unterbleiben soll.“

Abg. Sonnemann: Im Großen und Ganzen bin ich mit dem Vertrage einverstanden; doch glaube ich nicht, daß die Bestimmung des Art. 8 die internationalen Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland verbessern wird. Einer Fahnenflucht, wie sie 1866 aus Süddeutschland nach der Schweiz stattgefunden, bin ich auf's Energischste entgegengetreten; aber es können doch Fälle vorkommen, daß ein Familienvater mit Kindern von einem Land ins andere wandert, ohne die Absicht zu haben, die Seinigen der Militärpflicht zu entziehen, und da erscheint mir jene Befugniß in der Hand der Polizei doch bedenklich. Wenn auch die Schweiz, wie früher Belgien, dem Druck von hier nachgegeben hat, so darf derjenige, der gegen eine solche Bestimmung ist, um so weniger schweigen, als wahrscheinlich noch mehr derartige Verträge mit andern Staaten folgen werden. Zweck der Bestimmung ist ja nicht nur, einseitig uns zu schützen gegen die willkürliche Entziehung Militärpflichtiger durch Auswanderung; es kann auch der umgekehrte Fall eintreten, daß Schweizer, die sich bei uns niedergelassen und Jahre lang bei uns aufgehalten haben, wenn sie nach Hause kommen, in ähnlicher Weise belästigt werden. Natürlicherweise sind Seitens der Schweiz derartige harte Maßregeln, wie sie bei uns eintreten, nicht zu befürchten; allein eintreten können sie auch. Ich meine, daß man durch solche Bestimmungen die Entziehung Militärpflichtiger gar nicht aufhält. Derartige Dinge muß man durch die innere Gesetzgebung bekämpfen, daß man den Militärpflichtigen in der Erfüllung ihrer Militärpflicht nicht allzu große Opfer auferlegt.

Abg. Dr. Löwe hält Bestimmungen wie die vorliegenden für nothwendig für diejenigen, welche mala fide nur zu dem Zwecke, sich der Militärpflicht zu entziehen, den Wohnsitz wechseln. Wenn man gegen dieselben geltend mache, daß derjenige, welcher sich der Militärpflicht entzogen hat, nach fünfjährigem Aufenthalte in Amerika frei zurückkehren kann, so müsse man daran denken, daß der atlantische Ocean ein anderes Wasser ist als der Bodensee. Einzelne deutsche Länder hätten bereits ähnliche Separatverträge mit der Schweiz abgeschlossen.

Bundescommissar Geh. Rath Hellwig bestätig das vom Vorredner Gesagte, denn es komme vor, daß junge Leute nach der Schweiz geschickt werden, um sich der Militärpflicht zu entziehen; ohne die vorliegende Bestimmung würden dieselben nach gewisser Zeit die Berechtigung haben, in Deutschland als Schweizer zu leben. Es wird in dem Vertrage das Hauptgewicht auf die bona fides gelegt, deren Prüfung zur Vermeidung unnöthiger Härten zunächst der ausweisenden Behörde, dann aber auch der heimathlichen Behörde obliegt.

Hierauf wird der Gesetzentwurf in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die erste Berathung a) der summarischen Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen für das Jahr 1875, b. der Nachweisung und Begründung der bei dieser Verwaltung im Jahre 1875 vorgekommenen Etatsüberschreitungen und außeretatsmäßigen Ausgaben.

Auf Antrag des Abg. Nieper wird die Vorlage an die Commission zur Vorberathung des Landeshaushalts-Etats für Elsaß-Lothringen verwiesen.

Darauf vertagt sich das Haus um 3½ Uhr bis Mittwoch 12 Uhr. (Kleinere Vorlagen; Petitionen.)

Berlin, 5. Decbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat die Erlaubniß zur Anlegung des Großkreuzes des königlich würtembergischen Friedrichs-Ordens: dem General-Major von Krenski, Commandeur der 6. Feld-Artillerie-Brigade; des Comthurkreuzes erster Klasse des königlich würtembergischen Friedrichs-Ordens: dem General-Major von Guretzki-Cornitz, Commandeur der 17. Cavallerie-Brigade ertheilt.

Se. Majestät der Kaiser haben im Namen des Deutschen Reichs dem Kammer-Präsidenten am kaiserlichen Landgerichte zu Straßburg, Friedrich Traut, die nachgesuchte Entlassung aus dem elsaß-lothringischen Justizdienste ertheilt.

Se. Majestät der König hat dem praktischen Arzt ꝛc. Dr. Metzner zu Wansen, im Kreise Ohlau, den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Bei der Realschule in Duisburg ist die Beförderung der ordentlichen Lehrer Joh. Carl August Klanke und Dr. Johann Wilhelm Budde zu Oberlehrern genehmigt worden.

Berlin, 5. Decbr. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen heute den Polizeipräsidenten von Madai, nahmen im Beisein des commandirenden Generals des Garde-Corps, Prinzen August von Würtemberg, Königliche Hoheit, des Gouverneurs, Generals von Boyen, und des Commandanten, Generalmajors von Neumann, militärische Meldungen entgegen und hörten den Vortrag des Chefs des Militär-Cabinets, Generalmajors von Albedyll.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besuchte gestern und heute die Ausstellungen zum Besten verschiedener wohlthätiger Anstalten und bestimmte daselbst Ankäufe.

Heute findet im königlichen Palais ein größeres Diner statt, zu welchem die am kaiserlichen Hofe accreditirten Botschafter mit ihren Gemahlinnen geladen sind.

[Im kronprinzlichen Palais] fand gestern Nachmittag um 5 Uhr ein Diner von 36 Couverts statt, zu welchem Einladungen an Mitglieder des Bundesrathes, sowie an das Präsidium, das Bureau und einige andere Mitglieder des Reichstags ergangen waren.

(Reichsanz.)

⊙ **Berlin,** 5. Dec. [Die Hofjagden. — Das Minister-Conseil und die Pariser Ausstellung.] Der Kaiser hat, da sein Befinden vollkommen befriedigend ist, beschlossen, an den Hofjagden, welche am Freitag und Sonnabend in Hubertusstock stattfinden werden, Theil zu nehmen. — Es hat bereits in der Presse verlautet, daß die Verhandlungen der letzten beim Kaiser abgehaltenen Minister-Conseils der Frage wegen der Pariser Ausstellung gegolten haben, und wird diese Nachricht von zuverlässiger Seite bestätigt. Bekanntlich war schon vor einiger Zeit gemeldet, daß der Kaiser den von dem Staatsministerium gefaßten Beschluß gegen eine officielle Betheiligung Deutschlands an jener Ausstellung seine Genehmigung ertheilt habe. Wenn nichts desto weniger die Frage nochmals zum Gegenstand einer Conseilberathung gemacht würde, so läßt sich annehmen, daß zu einer nochmaligen Verhandlung durch neue Thatsachen ein Anlaß gegeben war, und es liegt nahe, diesen in neuerdings, wenn auch nur vertraulich wiederholten Vorstellungen von Seiten Frankreichs zu suchen. Der Kaiser hat es unverkennbar für seine Pflicht gehalten, mit Rücksicht auf diese angedeuteten Vorstellungen die Angelegenheit noch einmal eingehender Berathung mit seinen Ministern zu unterziehen. Es ist dabei das Für und das Wider der Betheiligung Deutschlands nochmals gründlich erwogen worden; der Ministerrath blieb dabei einstimmig bei der schon früher vertretenen Ansicht, daß eine officielle Betheiligung Deutschlands unter den obwaltenden Umständen nicht zu befürworten sei und diese Ansicht des Staatsministeriums ist vom Kaiser von Neuem bestätigt worden. Nach wie vor ist kaum zu bezweifeln, daß auch der Bundesrath sein Votum in demselben Sinne abgeben werde und nach allen bisherigen Mittheilungen aus parlamentarischen Kreisen ist die Erwartung berechtigt, daß auch der Reichstag sich in diesem ablehnenden Sinne aussprechen werde. — Da in Bezug auf die Auslegung der vom Cultusministerium ausgegebenen Weisung in Betreff der Benutzung trichinös befundener Schweine Zweifel entstanden sind, so hat der Cultusminister zur Beseitigung angeregter Bedenken nochmals Anlaß genommen, die Deputation für das Medicinalwesen zu einem Gutachten über diese Angelegenheit aufzufordern.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 6. Decbr. [Angekommen.] v. Ballusek, General-Major, n. Fam. a. Oedenburg. v. Schlagintweit, Professor a. Gießen.

(Fremdenbl.)

---

t. **Landeshut,** 4. Dec. [Ueberfahren. — Vorträge. — Theater.] Am 2. d. M. verunglückte ein Arbeiter aus Hartmannsdorf in Ruhbank durch Ueberfahren von einem Güterzuge, sodaß seine Ueberführung nach dem Mariannenstift in Leppersdorf nothwendig wurde. Auf dem Wege dahin verstarb derselbe jedoch und hinterläßt eine Wittwe mit vier Kindern. — Der hiesige Handwerker-Verein veranstaltete am gestrigen Sonntag zum Besten der Ortsarmen eine Versammlung, in welcher Herr Lehrer Meusel einen Vortrag über „Seume“ hielt, der von dem Auditorium mit steigendem Interesse verfolgt wurde. Zu dem gleichen Zweck wird Herr Kunstgärtner Teicher einen naturwissenschaftlichen Vortrag unter Vorzeigung einer reichen und seltenen Schmetterlings-Sammlung aller Herren Länder halten, ebenso den darauffolgenden Sonntag Herr Rector Langner eine Studie über „Nathan der Weise“. Im Interesse des guten Zweckes und des zu erwartenden Genusses möchten wir eine recht rege Betheiligung wünschen, zumal auch Nichtmitgliedern gegen ein geringes Entree die Theilnahme gestattet ist. — Die Theatergesellschaft des Herrn Kuhn erfreut sich nur eines mäßigen Besuches, was in Anbetracht der wirklich guten Leistungen und der sorgfältigen Auswahl der Stücke zu bedauern ist.

---

§ **Striegau,** 4. Decbr. [Stiftungsfest des Thierschutzvereins.] Der hiesige Thierschutzverein, dessen Bestrebungen im Dienste der Humanität gegen die Thierwelt bisher nicht nur die ehrendste Anerkennung der Behörden, sondern auch die erfreulichste Unterstützung Seitens der Bürgerschaft gefunden haben, beging am vorigen Sonnabend unter zahlreicher Betheiligung seiner Mitglieder und im Beisein mehrerer Ehrengäste sein sechszehntes Stiftungsfest durch ein gemeinsames Festessen in Richters Hotel. Die Reihe der Toaste eröffnete der Vorsitzende des Vereins, Commerzienrath Bartsch, mit einem begeisterten Hoch auf Se. Majestät den Kaiser. Diesem folgte ein von einem Vorstandsmitgliede ausgebrachter Trinkspruch auf die Ehrenmitglieder, von denen der königl. Departements-Thierarzt Dr. Ulrich aus Breslau und Kreisgerichts-Rath Goldstein von hier sich persönlich an der Festlichkeit betheiligten, während die Herren Dr. Thiel in Breslau, Kreisgerichts-Rath Schuster in Liegnitz, Superintendent Bäck und Kreisgerichts-Director Mantell von hier durch beglückwünschende Zuschriften ihre Theilnahme bekundeten. Der Protector des Vereins, Landrath v. Koschembahr, hatte, wie in früheren Jahren, so auch diesmal der Vereinskasse einen Beitrag von 15 M. zugewendet. Departements-Thierarzt, Dr. Ulrich sprach in eingehender Weise über die Aufgaben, die dem neugegründeten Verbande der schlesischen Thierschutzvereine erwachsen und wünschte demselben ein kräftiges Gedeihen. Den weiteren Ansprachen, durch welche die Toaste auf den mit unermüdlichem Eifer der Thierschutzsache zugethanen Vorsitzenden, auf den Vorstand ꝛc. motivirt wurden, folgte eine Reihe declamatorischer und musikalischer Vorträge einzelner Festgenossen, die ebenso, wie zwei von den Herren Kreisgerichts-Rath Goldstein und Controleur Merleck verfaßte Tafellieder wesentlich zur Erhöhung der Feststimmung beitrugen.

G. **Ohlau,** 3. Dec. [Stiftungsfest des Gesang-Vereins.] Gestern feierte der Männer-Gesang-Verein sein 38. Stiftungsfest in höchst solenner und gemüthlicher Weise. Nur Mitglieder mit ihren Angehörigen hatten Zutritt. Das Programm war reichhaltig und wechselte mit Orchester-Musik, Gesangs-Vorträgen und musikalischen Scherzen. Herr Organist Lichner aus Breslau, der für den Verein ein Lied für Männerchor „Der „Lindenbaum“ eigens componirt hatte, war zum Feste erschienen und sprach über die Einübung und den Vortrag seines Werkes, dem Dirigenten Herrn Drischel seine Anerkennung aus. Auch ein Schüler des Herrn Lichner, Max Kahl, erntete Beifall durch 2 Vorträge: Fantasie aus „Rigoletto“, Jaell- und E-moll-Walzer aus dem Nachlasse von Chopin. Nach der gemeinschaftlichen Pause war für die Jugend gesorgt; Herr Musikmeister Heising wußte durch seine Kraft manchen älteren zu einem Tänzchen zu bewegen und die gehaltenen Reden und Toaste gipfelten in dem Wunsche, daß der Männer-Gesang-Verein in seiner bekannten Kraft und Wohlthätigkeits-Eifer noch lange bestehen und in 12 Jahren das 50-jährige Stiftungsfest erleben möge.

[Notizen aus der Provinz.] * Muskau. Der Prinz Friedrich der Niederlande war ziemlich ernst erkrankt, so daß beunruhigende Gerüchte die Stadt durchliefen, die Abreise wurde verschoben und der Leibarzt des Kaisers durch den Telegraphen berufen, der auch die verflossene Nacht auf Schloß Muskau anlangte. Inzwischen war es dem behandelnden Arzte, Herrn Sanitäts-Rath Dr. Prochnow gelungen, die Hauptursache der Krankheit zu zerstören, so daß der Herr Leibarzt die Besserung des hohen Patienten constatiren konnte. Am 4. December kehrt Ersterer nach Berlin zurück. Die Abreise der hohen Herrschaften ist jedoch verschoben worden.

† Freiburg. Der hiesige „Bote“ erzählt: Ein höchst bedauernswerther Unglücksfall ereignete sich am 2. d. M., früh gegen 10 Uhr, indem die dreijährige Tochter eines hiesigen Stellmachers durch irgend welchen, bis jetzt noch nicht ermittelten, Zufall in ein Schaff, worin kochendes Wasser sich befand, stürzte und sich so arg verbrühte, daß stellenweise am Körper sich die Haut löste. Unter unsäglichen Schmerzen verschied das Kind am 3. December.

Berlin, 5. Decbr. Heute machte sich bei Eröffnung des Verkehrs eine gewisse Spannung geltend. Man war begierig, zu erfahren, in welchem Sinne sich Fürst Bismarck im heutigen Reichstage über die politische Lage äußern werde oder bereits geäußert habe. Nach und nach kamen Ohrenzeugen zur Börse, welche über die ausführliche Rede Bismarcks referirten. Nach diesen Mittheilungen sind die dem Reichstage gemachten Eröffnungen analog den in den letzten Tagen im Ministerhotel assgesprochenen Anschauungen. Dieser vergleichende Hinweis wird zur Erklärung der Haltung der Börse ausreichen. Jeder deutete sich die bekannt gewordenen Bruchstücke der Rede übrigens je nach seinen Engagements, indeß wurde doch zumeist betont, daß eine Localisirung des eventuellen Waffenkampfes mit Sicherheit zu erwarten sei und man hier vertraue, daß Rußland ohne Eroberungsgelüste zur Action schreiten werde. Die Börse gewann deshalb nach und nach an Festigkeit, der indeß keine entsprechende Geschäftslust zur Seite stand. Die internationalen Speculationspapiere hatten mit einer kleinen Avance eröffnet; die Differenz gegen die gestrigen Schlußcourse erweiterte sich dann im Verlauf der Course zu Gunsten der Hausse um einige Mark. Die österreichischen Nebenbahnen waren im Allgemeinen fest, blieben aber meist vernachlässigt. Eine feste Physiognomie trugen die localen Speculationseffecten und brachten dies auch durch entsprechende Courserhöhungen zum Ausdruck. Dortmunder recht fest, und ziemlich belebt. Disconto-Commandit 107,10, ult. 106,25 bis 107,25. Laurahütte 70,75 ult. 70⅜—70⅞—71. Auswärtige Staatsanleihen hielten sich im Niveau der gestrigen Schlußnotirungen und erfuhren im Laufe der heutigen Börse nur insofern eine Besserung, als sie mit Geldcoursen schließen. In Oesterr. Renten und 1860er Loosen war der Verkehr nicht ganz unbelebt. Italiener gingen auch ziemlich rege um. Türken waren indeß vernachlässigt und bemerkenswerth bleibt, daß heut auch die Umsätze in 5 procentige Amerikanische Bonds pro ult. ganz verschwindend klein sich zeigten. 6proc. Newyorker Goldanleihe nach Notiz 101 Gd. Russ. Werthe verhielten sich ruhiger, 5proc. Anleihen waren ziemlich fest und wurden pr. Ultimo 77¼—77¾ gehandelt. Preußische und andere deutsche Staatspapiere meist unverändert. Eisenb.-Priorit. im Großen u. Ganzen fest aber still. Auf dem Eisenbahnactienmarkte befestigte sich trotz des sehr geringen Geschäftes die Stimmung. Die rheinisch-westphäl. Speculationsdevisen, sowie Potsdamer und Halberstädter anziehend. Oberschlesische fest. Anhalter, Stettiner und Hamburger gedrückt und angeboten. Nahebahn in schwacher Haltung, Aachen-Mastr. still und unverändert, Rumänen schwach, Ostpreußische Südbahn nachgebend. Bankactien fanden wenig Beachtung. Deutsche Bank zu höherem Course in guter Frage. Leipziger Credit steigend. Berliner Bank (junge) zog etwas an. Essener Bank besser. Darmstädter gingen sehr mäßig um, notiren jedoch etwas höher. Berliner Commerzbank wurde in größeren Posten gehandelt. Dessauer Landesbank recht lebhaft. Brüsseler, Sächsische und Thüringische Bank weichend. Centralbank für Industrie matt. Bank für Rheinland offerirt. Coburger Credit ließ ebenfalls etwas im Course nach. Industriepapiere blieben meist geschäftslos. Charlottenburger Pferdebahn höher. Große Pferdebahn weichend, Viehhof ebenfalls niedriger, Centralstraße fest, Montanwerthe matt, Pluto Gelsenkirchen, Braunschweiger Kohlen und Köln-Müsen niedriger. Nur Donnersmarck zu etwas besserem Course gefragt.

Um 2½ Uhr: Fest. Credit 217,50, Lombarden 125, Franzosen 416,50, Reichsbank 149,25, Disconto-Commandit 107,25, Dortmunder Union 8, Laurahütte 71,00, Köln-Mindener 100,40, Rheinische 110,40, Bergische 77,40, Rumänen 9,90.

Berliner Börse vom 5. December 1876.

Fonds- und Geld-Course.

Consolidirte Anleihe.	4½	103,50 bz
do. de 1876	4	96,40 bz
Staats-Anleihe	4	96,75 G
Staats-Schuldscheine	3½	93,60 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	136 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,40 B
Pfandbriefe. Berliner	4½	100,60 bz
Pommersche	3½	81,70 bz
do.	4	93,60 bz
do.	4½	101,80 bz
do. Ludsch.Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	93,50 B
Schlesische	3½	— —
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	94,25 bz
Pommersche	4	94,25 bz
Posensche	4	94,40 bz
Preussische	4	94,30 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	98 bz
Sächsische	4	95,20 bz
Schlesische	4	95 bz
Badische Präm.-Anl.	4	116,50 G
Baierische 4% Anleihe	4	118,90 etbzB
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	106 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 244,50 bz
Badische 35 Fl.-Loose 132,10 G
Braunschw. Präm.-Anleihe 82,75 bzG
Oldenburger Loose 130.90 bz

Ducaten 9 65 B	Fremd. Bkn. — —
Sover. 20,34 G	einl.i.Leip. — —
Napoleons 16,23 bz	Oest. Bkn. 158,90 bz
Imperials 16,69 G	Russ. Bkn. 241,40 bz
Dollars — —	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'schePartial-Obl.	5	101,75 bz
Unkb.Pfd. d.Pr.Hyp.-B.	4½	99 bzG
do. do.	5	100,50 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzB
do. do. do.	5	101 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,10 G
Unkünd. do. (1872)	5	100,50 bzB
do. rückzb. à 110	5	104,40 bzG
do. do. do.	4½	97,50 G
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	102,60 bzG
Kündb.Hyp.Schuld. do.	5	100 G
Hyp.-Anth.Nord.-G.C-B	5	101 bzG
do. do. Pfandbr.	5	101,40 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105 G
do. do. II. Em.	5	101 G
Goth. Präm.-Pf. I Em.	5	107 bz
do. do. II. Em.	5	105,10 bz
do. 5%Pf.rkzlbr.m.110	5	101 bz
do.4½ do. do. m.110	4½	95 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	101,50 bz
Oest. Silberpfandbr.	5½	—
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	29,50 B
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	84 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100 bz
do. do.	4½	94 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102 G
do. do. 4½%	4½	98 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	52,25 bz
(1./1.1./7. u. 1./4.1./10.)		52,25 bz
do. Papierrente	4⅕	47,80 bzB
(1./2.1./8. u. 1./5.1./11.)		47,80 bzB
do. 54er Präm.-Anl.	4	89,75 bz
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	92 G
do. Credit-Loose	—	286 B
do. 64er Loose	—	237,25 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	135 bz
do. do. 1866	5	132 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	75,10 bzG
do.Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	73,60 G
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	74,25 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	66,25 etbzG
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	58,30 bzG
Amerik. rückz. p. 1881	6	103,75 bz
do. do. 1885	6	100,10 bzG
do. 5% Anleihe	5	100,90 bzB
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	68,30 G
Ital. Tabak-Oblig.	6	100,30 bz
Raab-Grazer 100Thlr.L.	4	65 G
Rumänische Anleihe.	8	80,25 bzG
Türkische Anleihe	5	8,75 bz
Ung.5%St.-Eisenb.-Anl	5	64,10 bzG

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 36,90 bz
Türken-Loose 24 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	— —
do. III. v. St.3½g.	3½	85,10 bzB
do. do. VI.	4½	96,75 G
do. Hess. Nordbahn	5	102,25 B
Berlin-Görlitz	5	— —
do.	4½	89,50 G
do. Lit C.	4½	— —
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	— —
do. do. E.	4½	— —
do. do. F.	4½	— —
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	— —
do. do. J.	4½	88.75 G
do. do. K.	4½	88,75 G
do. von 1876	5	97,20 B
Cöln-Minden III. Lit.A.	4	99 G
do. Lit. B.	4½	99.75 G
do. IV.	4	91,90 bz
do. V.	4	— —
Halle-Sorau-Guben	5	100,40 bzG
Hannover-Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener	5	101 B
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	95 bz
do do. II. Ser.	4	94,75 B
do. do. Obl.I. u. II.	4	95 bz
do do. III. Ser.	4	95 B
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	84,50 B
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	97,25 bz
do H.	4½	100,25 bzG
do. von 1869.	5	101,25 bzG
do. von 1873.	4	— —
do. von 1874.	4½	96,30 bzG
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	102,25 bzB
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl.Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	— —
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	100,40 bz
Schlesw. Eisenbahn	4½	99,10 G
Chemnitz-Komotau	5	90,60 bzG
Dux-Bodenbach	5	58,10 bzG
do. II. Emission	5	39 B
Prag-Dux	fr.	19,60 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	78 G
do. do. neue	5	75,80 G
Kaschau-Oderberg	5	51 bzG
Ung. Nordostbahn	5	46,50 G
Ung. Ostbahn	5	43,70 G
Lemberg-Czernowitz	5	61,70 bz
do. do. II.	5	60,25 bzG
do. do. III.	5	52 60 bzG
Mährische Grenzbahn	5	51 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	15 bzG
do. II.	fr.	10 G
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	59 bz
Oesterr.-Französische	3	309 G
do do. II.	3	297 B
do. südl. Staatsbahn	3	229,80 bzB
do. neue	3	228.20 etbzG
do. Obligationen	5	72,40 bz
Warschau-Wien II.	5	92 bz
do. III.	5	84 bz
do. IV.	5	77,30 bzB
do. V.	5	73,10 bz

Bank-Discont 4½ pCt.
Lombard-Zinsfuss 5½ pCt.

Wechsel-Course.

Amsterdam 100Fl.	8 T.	3	169,05 bz
do. do.	2 M.	3	168,30 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20.345 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,25 bz
Petersburg 100SR.	3 M.	6	238 bz
Warschau 100SR.	8 T.	6	240,30 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	158 60 bz
do. do.	2 M.	4½	157,60 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1874	1875	Zf.	
Aachen-Mastricht	1	1	4	16,90 bzG
Berg.-Märkische	2	4	4	77,50 bz
Berlin-Anhalt	8½	8	4	102,50 bzG
Berlin-Dresden	5	2½	4	17,25 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	20,40 bzB
Berlin-Hamburg	12½	10	4	174 bz
Berl. Nordbahn	0	—	fr.	— —
Berl.-Potsd-Magdb	1⅓	3	4	77.75 bzG
Berlin-Stettin	9 11/20	9	4	118,50 bzB
Böhm. Westbahn	5	5	5	66,75 bzG
Breslau-Freib.	7½	5¾	4	64,75 bzG
Cöln-Minden	6 3/20	4 6/10	4	100,50 bz
do. Lit. B.	5	5	5	99,75 bz
Cuxhaven. Eisenb.	6	0	6	— —
Dux-Bodenbach.B.	0	0	4	5,75 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	8½	6	4	78,10-50 bzG
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	6,10 bz
Hannover-Altenb.	0	0	4	8 50 bz
Kaschau-Oderberg	5	5	5	32,50 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	40,40 bz
Ludwigsb.-Bexb.	9	9	4	178 G
Märk.-Posener	0	0	4	12 bzG
Magdeb.-Halberst.	3	6	4	103 bzB
Magdeb.-Leipzig	14	14	4	— —
do. Lit. B.	4	4	4	— —
Mainz-Ludwigsh.	6	6	4	95,70 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	95,50 bzG
Oberschl. A.C.D.E.	12	10½	3½	133 bzG
do. B.	12	10½	3½	122,80 bzG
Oesterr.-Fr. St.-B.	8	6½	4	414-17-16,50
Oest. Nordwestb.	5	5	5	183 bzG
Oest.Südb.(Lomb.)	1⅗	0	4	125-5,50-5
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	19 bz
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	6½	4	106,25 bz
Reichenberg-Pard.	4½	4½	4½	42,75 bzG
Rheinische	8	8	4	110,40 bz
do. Lit. B. (4%gar.)	4	4	4	91,25 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	7 10 bz
Rumän. Eisenbahn	4	2½	4	9,90 bz
Schweiz Westbahn	0	0	4	23,10 bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101 G
Thüringer Lit A.	7½	8½	4	132,30 bz
Warschau-Wien.	10	7½	4	182 G

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	4	5	5	53 bzG
Berliner Nordbahn	0	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	0	5	— —
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	17,50 G
Hannover-Altenb.	0	0	5	24,50 bz
Kohlfurt-Falkenb.	2½	0	5	— —
Märkisch-Posener	0	3½	5	64,25 bz
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	66 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	93,90 bzB
Ostpr. Südbahn	3½	5	5	69,50 bz
Pomm. Centralb.	0	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	6½	5	109,25 bz
Rumänier	8	8	8	46 bzG
Saal-Bahn	2½	1½	5	20,50 bz
Weimar-Gera	5	2½	5	— —

Bank-Papiere.

Allg.Deut.Hand.-G.	5	0	4	21 G
Anglo DeutscheBk.	0	3	4	42 G
Berl. Kassen-Ver.	19⅕	17,7	4	155 G
Berl. Handels-Ges.	7	5	4	68 75 G
do.Prod.-u.Hdls.-B.	10½	9½	4	84,50 bzB
Braunschw. Bank.	7½	6⅔	4	97,90 bzG
Bresl. Disc.-Bank	4	2	4	68 B
Bresl. Maklerbank	0	0	4	— —
Bresl. Makl.Ver.-B.	4	4	4	— —
Bresl. Wechslerb.	3½	4	4	71,75 G
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	2½	4	67 bzG
Danziger Priv.-Bk.	6	7	4	— —
Darmst. Creditbk.	10	6	4	98 50 bz
Darmst. Zettelbk.	6½	5¼	4	93,10 B
Deutsche Bank	5	3	4	76,80 bzG
do. Reichsbank	—	—	4½	149,15 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	7½	4	93,50 G
Disc.-Comm.-Anth.	12	7	4	107,10 bz
do. ult.	12	7	4	106,25-7,25 bz
Genossensch.-Bnk.	6	5½	4	87 B
do. junge	6	5½	4	92 G
Gwb. Schuster u. C.	0	0	4	— —
Goth. Grundcredb.	9	8	4	100 G
Hamb. Vereins-B.	11 1/9	9 4/9	4	117,50 bz
Hannov. Bank	6⅔	9 7/15	4	102,10 B
Königsb.Ver.-Bank	5⅔	5¼	4	80 B
Lndw.-B. Kwilecki	6½	6	4	62,50 G
Leipz. Cred.-Anst.	9½	7	4	104,50 G
Luxemburg. Bank	9	6½	4	95,50 B
Magdeburger do.	5½	5⅔	4	102,50 B
Meininger do.	4	3	4	65,90 bzB
Moldauer Lds.-Bk.	3	0	4	15 B
Nordd. Bank	10	6⅔	4	125 G
Nordd. Grundcr.-B.	9½	9	4	97,25 G
Oberlausitzer Bk.	0	2	4	46 G
Oest. Cred.-Actien	6⅔	5	4	215-17
Posner Prov.-Bank	6	2½	4	94,90 B
Pr.Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	94 B
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	117 bz
Sächs. Bank	10½	10	4	122,50 G
Sächs. Cred.-Bank	5	5½	4	93 B
Schl. Bank-Verein	6	5	4	87 B
Schl. Vereinsbank	5	5	4	88,50 bzB
Thüringer Bank.	6	5	4	70,50 bz
Weimar. Bank	5¼	0	4	39,75 bzG
Wiener Unionsb.	5	2 6/7	4	78 B

In Liquidation.

Berliner Bank	0	—	fr.	88,75 G
Berl. Bankverein	4½	0	fr.	82,50 G
Berl. Lombard-B.	0	—	fr.	4,50 G
Berl.Prod-Makl.-B.	0	—	fr.	57,50 B
Berl. Wechsler-B.	0	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	0	—	fr.	94,60 bz
Deutsche Unionsb.	3	0	fr.	82 bz
Hannov. Disc.-Bk.	0	8⅕	fr.	— —
Hessische Bank	0	—	fr.	55,50 G
Ostdeutsche Bank	6	—	fr.	89,50 G
Pr. Credit-Anstalt	0	—	fr.	— —
Pr.-Wechsler-Bnk.	0	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	0	—	fr.	2 B

Industrie-Papiere.

Berl.Eisenb.-Bd-A.	7½	0	fr.	138,50 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	5,80 G
do. Reichs-u.Co.-E.	4	0	4	64,75 B
Märk.Sch.Masch.G.	0	0	4	11,10 G
Nordd. Gummifab.	5½	5	4	52 G
do. Papierfabr.	4	0	4	— —
Westend, Com.-G.	0	0	fr.	3 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18⅗	18	4	122,50 B
Schles. Feuervers.	17	20	4	722 B
Donnersmarkhütte	4	3	4	17,50 G
Dortm. Union	0	0	4	8 bzB
Königs- u. Laurah.	10	2	4	70,75 bzG
Lauchhammer	0	0	4	24,50 B
Marienhütte	7⅔	8	4	68 G
OSchl. Eisenwerke	1	1½	4	6,50 B
Redenhütte	0	0	4	7,25 G
Schl. Kohlenwerke	0	0	4	8 B
Schl.Zinkh.-Actien	7	6	4	77,50 bzG
do. St.-Pr.-Act.	7	6	4½	85,50
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	36,50 G
Vorwärtshütte	1	0	4	12 B
Baltischer Lloyd	0	0	4	40,75 B
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	6⅔	4	48 etbzG
do. ver. Oelfabr.	5	1	4	44 bzG
Erdm. Spinnerei	4	1	4	15 bzG
Görlitz. Eisenb.-B.	2⅔	4	4	43,50 B
Hoffm's Wag.Fabr.	0	0	4	10,75 bzG
O. Schl. Eisenb.-B.	2	0	4	28 B
Schl. Leinenind.	7½	8	4	— —
do. Porzellan	0	0	4	9,50 B
WilhelmshütteMA.	4	4½	4	68 B

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 5. Decbr. Nach einer der „Politischen Correspondenz" aus Petersburg zugegangenen Meldung sollen in Konstantinopel die Vorbesprechungen der Botschafter, mit Ausnahme des Vertreters der Pforte, so lange fortgesetzt werden, bis eine Einigung über das Programm für die Conferenz erzielt sei. General Ignatieff werde bei diesen Vorberathungen die Garantien, beziehungsweise die Occupationsfrage, zur Sprache bringen und hänge das Zustandekommen der Conferenz von der Einigung über die Garantiefrage ab.

Paris, 5. Decbr. Unterrichteterseits wird bestätigt: Audiffret lehnte definitiv die Bildung des neuen Cabinets ab. Mac Mahon wird morgen mit den Präsidenten des Senates und der Deputirtenkammer conferiren und soll beabsichtigen, die Minister des Krieges und des Auswärtigen im Amte zu erhalten, dagegen betreffs der übrigen Ressorts wünschen, der Parlamentsmajorität möglichst entgegenzukommen. — Das Handelstribunal beschloß, den Credit Mobilier unter Sequester zu stellen.

Madeira, 5. Decbr. Nach hier eingegangenen Nachrichten ist das englische Truppenschiff „St. Lawrence", das sich mit Militär auf der Fahrt nach der Capstadt befand, total gescheitert. Die an Bord befindlichen Truppen wurden gerettet, eine große Menge von Vorräthen ber ist verloren gegangen.

London, 5. Decbr. Die hiesigen Abendblätter melden die Ankunft Lord Salisbury's in Konstantinopel.

London, 5. Decbr. Gladstone hat zugesagt, bei der antitürkischen National-Conferenz am 8. d. zu erscheinen, in welcher die englische Regierung ersucht werden soll, sich nicht durch Abmachungen zu binden, welche die Türkei berechtigen könnten, auf Englands Hilfe zu rechnen.

London, 5. Decbr. Aus Cape Coast Castle wird dem „Reuterschen Bureau" vom 14. November gemeldet, die Bewohner von Dahomey hätten, erbittert durch die Blockade, die Kaufleute gemißhandelt und fortgeschleppt und ihre Waarenhäuser geplündert. Die Eingeborenen, welche von Unterhandlungen sprachen, seien auf Befehl des Königs erschossen worden. Die Whidas hätten eine Petition an den Commandeur der englischen Flotte gerichtet, in der sie ihn um Schutz gegen die Bewohner von Dahomey baten und ihn ersuchten, dieselben anzugreifen.

Antwerpen, 5. Decbr. Weiteren, dem „Percurseur" aus Buenos-Ayres zugegangenen Nachrichten zufolge erklärte die Regierung aus Besorgniß vor dem Ausbruch einer Revolution die Provinzen Buenos, Entrerios, Corrientes und Santafé in Belagerungszustand. In der Stadt Buenos-Ayres selbst herrscht Ruhe, die bisher nicht gestört wurde, wie im Gegensatze zur gestrigen Nachricht gemeldet wird.

(Aus L. Hirsch' Telegraphen-Bureau.)

Petersburg, 5. Decbr. Die russische Regierung erhielt nunmehr Gewißheit, daß die rumänischen Truppen sich den einmarschirenden Russen anschließen werden. Höhere russische Offiziere versichern, Rumänien habe sich verpflichtet, mit 52,000 Mann und 100 Kanonen an den Operationen theilzunehmen.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 5. Decbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schluß-course.] Londoner Wechsel 204, 30. Pariser Wechsel 81, 25. Wiener Wechsel 159, 50. Böhmische Westbahn 133¾. Elisabethbahn 108½. Galizier 156¾. Franzosen*) 207. Lombarden*) 61½. Nordwestbahn —. Silberrente 52¾. Papierrente 47½. Russische Bodencredit 75¾. Russen 1872 82½. Amerikaner 1885 100. 1860er Loose 92¼. 1864er Loose 241, 00. Creditactien*) 107⅜. Oesterreichische Nationalbank 656, 00. Darmst. Bank 98½. Berliner Bankverein 82¾. Frankf. Wechslerbank —. Oesterr.-deutsche Bank —. Meininger Bank 66. Hessische Ludwigsbahn 95½. Oberhessen —. Ungarische Staatsloose 130, 50. do. Schatzanweisungen alte 75⅝. do. Schatzanweisungen neue 73⅝. do. Ostbahn-Obligationen II. 52¼. Central-Pacific 96½. Reichsbank 149[1]/₁₆. Silbercoupons —. Fest auf Deckungskäufe.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 107¼, Franzosen 207⅜, 1860er Loose 92⅝, Galizier 157. Lombarden —, Silberrente —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 5. Decbr., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-Actien 114⅞, Silberrente 52¼, Creditactien 106¾, 1860er Loose 92⅜, Franzosen 517, Lombarden 155, Ital. Rente 68¼, Vereinsbank 117¾, Laurahütte 70½, Commerzbank 94⅜, Norddeutsche 123½, Anglo-deutsche 41. Internationale Bank 83, Amerikaner de 1885 94⅜, Köln-Minden. St.-A. 100, Rhein-Eisenbahn do. 110, Bergisch-Märk. do. 77, Disconto 3 pCt. Schluß ziemlich fest.

Silber in Barren pr. 500 Gr., fein Mk. 82,25 Br., 81,25 Gd.

Wechselnotirungen: London lang 20, 36 Br., 20, 30 Gd., London kurz 20, 44 Br., 20, 38 Gd., Amsterdam 168, 10 Br., 167, 50 Gd., Wien 157, 00 Br., 155, 00 Gd., Paris 80, 90 Br., 80, 50 Gd., Petersburger Wechsel 239, 00 Br., 233, 00 Gd.

Hamburg, 5. Decbr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, auf Termine besser. Roggen loco fest auf Termine fester. Weizen pr. December-Januar 218 Br., 217 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo 228 Br., 227 Gd. Roggen pr. December-Januar 167 Br., 167 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo 172½ Br., 171½ Gd. — Hafer still. — Gerste matt. — Rüböl fest, loco 79, pr. Mai pr. 200 Pfd. 78. — Spiritus ruhig, pr. December 46, pr. Januar-Februar 46, pr. April-Mai 46, pr. Mai-Juni pr. 100 Liter 100% 46. Kaffee sehr fest, Umsatz 4000 Sack. Petroleum steigend, Standard white loco 26, 25 Br., 26, 00 Gd., pr. December 25, 75 Gd., per Januar-März 23, 75 Gd. — Wetter: Sehr schön.

Liverpool, 5. Decbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 6000 Ballen, davon 5000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 5. Decbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Ruhig, aber stetig. Amerikaner auf Zeit ⅙ D. höher.

Middl. Orleans 6⅝, middl. amerikanische 6 7/16, fair Dhollerah 5, middl. fair Dhollerah 4⅞, middl. Dhollerah 4⅜, good middl. Dhollerah 4¾, fair Bengal 4⅜, good fair Broach —, new fair Domra 5, good fair Domra 5¼, fair Madras 4¾, fair Pernam 6½, fair Smyrna 5½, fair Egyptian 6¾.

Glasgow, 5. Decbr., Roheisen. 58, 3.

Petersburg, 5. Decbr., Nachm. 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel London 3 Monate 28⅜, do. Hamburg 3 Monate 243, do. Amsterdam 3 Mt. 143¾, do. Paris 3 Mt. 298, 1864er Prämien-Anleihe (gestplt.) 175½, 1866er Prämien-Anl. (gestplt.) 171½, ½-Imperials 6, 91. Große russische Eisenbahn 169½. Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 100½. Privatdisc. 9%.

Petersburg, 5. Decbr., Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 48,50. Weizen loco 10,50. Roggen loco 6,50. Hafer loco 4,50. Hanf loco —. Leinsaat (9 Pud) loco 12. 95. — Wetter: 6 Grad Kälte.

Königsberg, 5. Decbr., Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen gefragt, Roggen fest, loco 121/122pfd. 2000 Pfd. Zollgewicht 161,25, pr. December 153,00, pr. Frühjahr 157,00, pr. Mai-Juni 157,00. Gerste niedriger. Hafer matt, inländischer loco pr. 2000 Pfd. Zollgew. 140,00, pr. Frühjahr 144,00. Weiße Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. 137,50. Spiritus pr. 100 Liter 100 % loco 51,50, pr. December 51,75, pr. Frühjahr 57,25. — Wetter: Schneegestöber.

Danzig, 5. Decbr., Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen fester. Umsatz 300 Tonnen. Bunter pr. 2000 Pfd. Zollg. 213,00, hellbunter 216,00 bis 217,00, hochbunter und glasig 220,00, pr. December —,—, pr. April-Mai 221,00. — Roggen fester, 120pfd. loco pr. 2000 Pfd. Zollgew. inländischer 162,00 bis 165,000, —, per April-Mai 166,00. Kleine Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 144,00, große Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 160,00. Weiße Kocherbsen pr. 2000 Pfd. Zollgewicht loco 150,00 bis 151,00. Hafer pr. 2000 Pfd. Zollgewicht loco 144,00. Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. loco 52,00.

Antwerpen, 5. Decbr., Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen stetig. Hafer weichend. Gerste behauptet.

Antwerpen, 5. Decbr., Nachmittags. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 69 bez., 70 Br., pr. December 69 bez., 70 Br., pr. Januar 59 bez. und Br., per Februar 56 Br., per April 54 Br. — Steigend.

Bremen, 5. Decbr., Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standard white loco 26, 25 bez. und Käufer, pr. Januar 24, 25 bez. und Käufer, pr. Februar 23, 00, pr. Februar-April 22, 00.

Berlin, 5. December. [Producten-Bericht.] Der heutige Markt eröffnete sehr fest und schloß recht matt für Roggen. Anfänglich gab es einige Kauflust, die den etwas erhöhten Forderungen sich fügte, später fehlten Reflectanten und Abgeber waren sodann zu entschiedenem Entgegenkommen genöthigt. Das Effectivgeschäft ist wenig rege. — Roggenmehl still aber fest. Weizen schließt ungefähr wie gestern, nachdem durch die Anfangs bewilligten besseren Preise reichliches Angebot herangezogen worden. — Hafer loco flau, Preise neuerdings zu Gunsten der Käufer. Termine still, doch ziemlich fest. — Rüböl wurde im Beginn der Börse merklich besser bezahlt, hat den Fortschritt jedoch im Laufe des Marktes wieder aufgegeben. — Petroleum besser bezahlt, schließt ruhiger. — Spiritus anfangs lebhaft und höher, ermattete sichtlich, nachdem sich die Kauflust befriedigt hatte.

Weizen loco 190—235 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, feiner bunter polnischer 229½ M. ab Bahn bez., per December 220 Mark bezahlt, per April-Mai 228½—229—227 Mark bez., per Mai-Juni 229 bis 228½ Mark bez. Gekündigt 3000 Centner. Kündigungspreis 220 Mark. — Roggen loco 157—188 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 158—160 Mark ab Kahn bez., neuer russischer 162—171 Mark bezahlt, neuer polnischer — Mark bezahlt, inländischer 177—187 Mark ab Bahn bezahlt, per December 160½—161½—160 Mark bez., per December-Januar 160½—161½—160 Mark bez., per Januar-Februar 162½—163½ bis 162 Mark bez., per Frühjahr 169½—170¼—169 Mark bez., per Mai-Juni 168—168½—167 Mark bez. Gekündigt 30,000 Centner. Kündigungspreis 160½ M. — Gerste loco 130 bis 180 M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 125—170 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 135—160 Mark bez., russischer 130—150 M. bez., pommerscher 164—167 M. bez., schlesischer 153—165 M. bez., galizischer 130 bis 147 M. bez., böhmischer 158—167 M. bez., ungarischer 140—145 M. bez., defecter ungarischer — Mark ab Bahn bez., per December 148 M. Br., per December-Januar 148 Mark Br., per Frühjahr 160½—161½ bis 160½ Mark bez., per Mai-Juni 162 Mark bez. Gekündigt 1000 Ctr. Kündigungspreis 148 M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: inclusive Sack per December 23,20—10 Mark bez., per December-Januar 23,20—10 Mark bez., per Januar-Februar 23,20—15 M. bez., per Februar-März 23,30—20 M. bez., per März-April — M. bez., per April-Mai 23,35 bis 30 M. bez., per Mai-Juni — Mark bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Rüböl pro 100 Kilo loco ohne Faß — Mark bez., mit Faß — M. bez., per December 76,8 5 M. bez., per December-Januar — Mark bez., per Januar-Februar — M. bez. per April-Mai 78,3 bis 7—78—78,2 Mark bez., per Mai-Juni — Mark bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 55 M. bez., per December 53,6—54,1—53,3 Mark bez., per December-Januar 51,5 M. Gd. u. Br., per Januar-Februar 47,5—47 bis 47,5 M. bez., per Februar-März 44,5 Mark Br., per März-April — Mark bez., per April-Mai 40 Mark Gd. Gekündigt — Bar. — Kündigungspreis — M. — Spiritus loco „ohne Faß" 55,9—6 M. bez., per December 56,8 bis 5—6 Mark bez., per December-Januar 56,8—5—6 M. bez., per April-Mai 59,1—58,6—58,7 Mark bez., per Mai-Juni 59,3—58,9—59 Mark bez., per Juni-Juli 60,4—59,9—60 Mark bez. Gekündigt 10,000 Liter. Kündigungspreis 56,6 M.

Breslau, 6. Decbr., 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen sehr schwach bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen, feine und harte Qualitäten preishaltend, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 17,20 bis 19,20—21,60 Mark, gelber 17,40—19,00 bis 20,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in matter Haltung, per 100 Kilogr. neuer 16,20 bis 17,80 bis 18,20 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwach gefragt, per 100 Kilogr. neue 14,00 bis 14,50 Mark, weiße 15,20—15,80 Mark.

Hafer ohne Aenderung, per 100 Kilogr. neuer 13,90 bis 15,00 bis 15,70 Mark.

Mais nur trockene Qualitäten verkäuflich, per 100 Kilogr. 11,50 bis 12,50—13,70 Mark.

Erbsen vernachlässigt, per 100 Kilogr. 16,00—17,00 bis 18,50 Mark.

Bohnen mehr beachtet, per 100 Kilogr. 15,70—17,00—18,00 Mark.

Lupinen mehr offerirt, per 100 Kilogr. gelbe 9,50—10,50—11,20 Mark blaue 9,30—10,40—11,00 Mark.

Wicken nur billiger verkäuflich, per 100 Kilogr. 13—14—15 Mark.

Oelsaaten in sehr fester Haltung.

Schlaglein mehr beachtet.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.						
Schlag-Leinsaat	26	50	25	—	22	50
Winterraps	33	—	31	—	30	—
Winterrübsen	31	75	29	75	28	75
Sommerrübsen	30	—	28	—	27	—
Leindotter	27	—	25	75	23	—

Rapskuchen gut behauptet, per 50 Kilogr. 7,40 bis 7,60 Mark.

Leinkuchen unverändert, per 50 Kilogr. 9—9,50 Mark.

Kleesamen ohne Aenderung, rother ruhig, per 50 Kilogr. 53—60 bis 66—74 Mark, — weißer unverändert, per 50 Kilogr. 57—65—68—82 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee matter, per 50 Kilogr. 23—27—30 Mark.

Mehl ohne Aenderung, per 100 Kilogr. Weizen fein alt 33 bis 34 Mark, neu 30—31 Mark, Roggen fein 27,50—28,50 Mark, Hausbacken 26,50—27,50 Mark, Roggen-Futtermehl 10,00—11,00 Mark, Weizenkleie 8 bis 9 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Decbr. 5. 6.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	+ 8°,8	+ 2°,9	+ 2°,9
Luftdruck bei 0°	326''',77	326''',57	325''',57
Dunstdruck	3''',34	2''',37	2''',37
Dunstsättigung	78 pCt.	92 pCt.	92 pCt.
Wind	SW. 1.	SO. 2.	SO. 1.
Wetter	wolkig.	heiter.	bedeckt.

Breslau, 6. Dec. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 24 Cm. U.-P. — M. 58 Cm.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.